

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 Mk. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 Mk. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsabonnement 6,- Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschwarzporto 5,- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, als Morgenausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Woll und Zeit“, Ferner: „Frauenstimme“, „Tachtel“, „Woll in der Wäckerwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Mittwoch  
8. Juli 1931

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kopiergebühr 60 Pf. Reklameweile 2,- Mk. „Kleine Anzeigen“ das gesetzlich druckbare Wort 25 Pf. (schlief zwei gesetzlich druckbare Wörter), jedes weitere Wort 12 Pf. Kabak u. Tarif. Stellungsgebühr das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Erbsenmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Sonntags u. wochentlich von 8½ bis 12 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht gemessener Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## Zentralbank für Auslandskredite?

### Eine Solidaraktion der deutschen Wirtschaft. — 500 Millionen Ausfallbürgschaft für Golddiskontbank.

Um den noch fortdauernden ausländischen Kreditabzügen entgegenzuwirken, soll durch die Zusammenarbeit von etwa 1000 deutschen Großfirmen und Banken die Golddiskontbank gewissermaßen zur Zentralbank für Auslandskredite gemacht werden. Die beteiligten Firmen wollen anteilmäßig eine Ausfallbürgschaft für von der Golddiskontbank zu gewährenden Krediten übernehmen im Betrage von 500 Millionen Mark. Ueber die Absichten orientiert ein Brief, den wir im Wortlaut folgen lassen:

Berlin, den 7. Juli 1931.

Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

Die Botschaft des Präsidenten Hoover hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offengelegt. In der Zeit, die zwischen der Verkündung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakte die Grundlage für den wenn auch sicher schwierigen Wiederaufbau bietet.

Das Ziel muß sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun.

Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen wirtschaftlichen Kräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen:

Unter Führung der Deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Schifffahrt und Handel ein Garantiefonds gebildet, der eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der Deutschen Golddiskontbank zu verstärken.

Diese Haftsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist.

Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die Deutsche Golddiskontbank, die sich bereits früher in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, da sie über ihren bisherigen Namen hinaus, namentlich in der jetzigen schwierigen Uebergangszeit,

als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbank-Direktorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschaft und Kreditlage notwendigen Erleichterungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

Der Brief ist unterzeichnet von den führenden Banken und Industriefirmen.

Wie vom Reichsbankpräsidenten dazu erklärt wird, handelt es sich um eine Idee und eine Aktion der deutschen Industrie und der deutschen Banken. Diese Aktion soll dem im Auslande noch immer vorhandenen Mißtrauen in großen Teilen der deutschen Wirtschaft begegnen. Die Solidarbürgschaft im Betrage von einer halben Milliarde Mark soll ein Kraftbeweis sein gegenüber diesem ausländischen Mißtrauen und dem Ausland vor allen Dingen die Möglichkeit geben, gewährte Kredite der Golddiskontbank zur Verfügung zu stellen, wenn sie dem ausländischen Kreditgeber bei dem eigentlichen Kreditempfänger nicht sicher genug erscheinen. Weitere Kreditkündigungen sollen auf diese Weise verhindert werden.

So wünschenswert es wäre, daß diese Demonstration deutscher Wirtschaftsgruppen im Auslande den erhofften Erfolg erzielt, so wird man doch abwarten müssen, ob die Durchführung des Gedankens ebenso fruchtbar sein wird, als die Fügigkeit es wünschen läßt, mit der der Gedanke die erste Form gefunden hat.

### Das Wirtschaftsverbrechen Nordwolle.

#### 200 Millionen Mark Verlust / Kriminelle Buchungsmethoden

Die Verwaltung der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, teilt folgendes mit:

Auf Grund der Prüfungen der letzten Wochen, die sich mit Rücksicht auf die zahlreichen Tochtergesellschaften, insbesondere auch die R. V. Handel Wj. Ultra Mare, Amsterdam, sehr schwierig gestalten,

müssen die Gesamtverluste des ganzen Konzerns auf rund 200 Mill. Mark geschätzt werden nach voller Abschreibung aller Beteiligungen.

Die Verluste sind in den letzten Jahren entstanden. Die in Verbindung mit der Verschachtelung der einzelnen Gesellschaften innerhalb des Konzerns angewandten Buchungsmethoden haben verhindert, sie früher zu erkennen. Eine Sanierung des Unternehmens wird nur dann möglich sein,

wenn die Gläubiger auf ihre Forderungen von insgesamt 240 Mill. Mark einen größeren Verzicht aussprechen.

Unter dieser Voraussetzung ist zu erwarten, daß zur Zeit schwebende Verhandlungen mit einer Interessentengruppe, die darauf hinstreben, dem Unternehmen außer den früher bereits für die Schaffung von Vorzugsaktien zur Verfügung gestellten 30 Mill. M. weitere Mittel in Höhe von 50 Mill. M. gegen Gewährung des gleichen Betrages in Aktien zu sichern, in kurzer Frist zu einem positiven Ergebnis führen werden, wodurch die Einleitung des Vergleichsverfahrens sich vermeiden lassen wird.

## Der Hoover-Plan.

### Seine Verwirklichung eine wesentliche Hilfe und eine große Aufgabe.

Es waren zweierlei Eindrücke, die Hoover entscheidend beeinflusst haben, als er sich zu seiner Aktion entschloß. Erstens die Meldungen aus Europa, daß Deutschland unmittelbar vor dem fürchterlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe, und zweitens persönliche Eindrücke, die der amerikanische Präsident selbst auf seiner Reise durch agrarische Gebiete seines Landes wahrgenommen hatte. Es wäre müßig, zu untersuchen, was auf Hoover am stärksten gewirkt und im letzten Augenblick den Ausschlag gegeben hat. Es wäre auch falsch, die Wirkung der europäischen Meldungen und der amerikanischen Eindrücke auf Hoover und seine Mitarbeiter voneinander zu trennen. Alles das waren einzelne Züge, aus denen sich ein eindrucksvolles und geradezu erschreckendes Bild der Lage gestaltete.

Hoover war freilich über die Wirtschaftslage in Amerika selbst und in der Welt sehr gut informiert. Er konnte nicht nur alle Statistiken, die der Öffentlichkeit bekannt werden, sondern auch manches darüber hinaus, was er aus den vertraulichen inländischen und ausländischen Berichten erfuhr. Seine Reise durch die mittleren Staaten seines Landes hat ihm aber einen lebendigen Einblick in die Tiefe der wirtschaftlichen Not in den Teilen seines Landes, die am wenigsten von der Außenwelt abhängig zu sein schienen, mit der Gesamtlage der Weltwirtschaft anschaulich gemacht. Was nützen Amerika seine Geldfülle und Kapitalfälle, seine phantastisch großen Goldvorräte, wenn sie nicht zur Förderung der Produktion verwendet werden können. Was nützt es, daß die amerikanische Regierung alle ihre finanziellen Schwierigkeiten dadurch beheben kann, daß sie von ihren Bürgern so viel Geld, wie sie braucht, und billiger als zu einem Prozent bekommen kann. Was nützt das alles, wenn irgendwelcher, aber sicherlich entscheidender Antriebe zu der Ansturmung der wirtschaftlichen Tätigkeit, zu der Fruchtbarmachung des gesparten Geldes fehlt. Man ist sich in Amerika darüber klar geworden, daß Amerika schon zu stark mit der gesamten Weltwirtschaft verbunden ist, als daß dieser entscheidende Antriebe vom inländischen Markt allein kommen könnte.

Das Gefühl der Unsicherheit lastet auf der amerikanischen Wirtschaft und verhindert produktive Verwendung des Kapitals. Diese Unsicherheit ist aber aus eigener Kraft allein nicht zu beheben. Viel zu stark hängt sie mit der Unsicherheit in der sonstigen Welt zusammen. Von allen Unsicherheitsfaktoren, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage in der Welt stark zu beeinflussen, erscheint die besondere Lage Deutschlands als der wichtigste. Was Deutschland für alle Formen des internationalen wirtschaftlichen Verkehrs jetzt bedeutet, das haben namentlich die amerikanischen Banken in den letzten Monaten besonders stark gespürt. Gewiß bestimmt nicht die Wirtschaftslage Deutschlands allein den Verlauf der wirtschaftlichen Depression in der Welt und insbesondere in Amerika. Deutschland scheint aber jetzt das schwache Glied in der Kette zu sein, dessen Zusammenbruch die ganze Kette der wirtschaftlichen Verschaltungen zu zerreißen droht. Aus solchen Überlegungen ergab sich die Schlussfolgerung: man muß Deutschland helfen, um die Ueberwindung der amerikanischen Krise zu fördern.

Vielleicht hat Hoover zunächst die politischen Schwierigkeiten, mit denen man in Europa zu ringen hat, etwas unterschätzt. Er hat aber letzten Endes mit seinem Optimismus recht behalten. Wir haben zwar in den letzten vierzehn Tagen, als wir den mühseligen Gang der Verhandlungen in Paris verfolgten, fast jeden Tag eine neue „Krise“ erlebt. Schließlich ist aber doch die Einigung zustande gekommen, die im wesentlichen dem Inhalt des Hoover'schen Vorschlages und seinem leitenden Gedanken entspricht. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Hoover seinen Plan in seiner unmittelbaren Wirkung als eine Rettungsaktion für Deutschland gedacht hat. Sein Leitgedanke ist, daß die Rettung Deutschlands vom wirtschaftlichen Chaos der Ausgangspunkt für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise sein muß. Dieser Gedanke wird jetzt insofern in seinem vollen Umfange verwirklicht, als Deutschland alle seine Reparationszahlungen in verschiedenen Formen zur eigenen Verfügung bekommt. Die Frage der Sachlieferungen bleibt zwar vorläufig noch nicht geregelt; es ist aber zu erwarten, daß auch von dieser Seite keine wesentliche Beschnidung der deutschen Entlastung kommen wird.

Für uns bedeutet die Verwirklichung des

## Konferenz in London nächste Woche

### Von Macdonald vorgeschlagen, von Briand angenommen, von Hoover begrüßt

London, 7. Juli (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Macdonald erklärte am Dienstag im Unterhaus auf Anfrage, daß die englische Regierung ihre Einladung zu einer Konferenz der Unterzeichnung des Young-Planes in London inzwischen erneuert habe. Eine Wiederholung der Einladung sei erforderlich gewesen, weil die ursprüngliche Einladung nur für den Fall gelten sollte, daß eine Einigung in Paris nicht zustande gekommen wäre. Vor allem sei der Gesundheitszustand Snowdens der Grund für den englischen Wunsch, möglichst London als Konferenzort zu sehen.

Paris nimmt Konferenzvorschlag an.

Paris, 7. Juli.

Die französische Regierung hat, wie Havas berichtet, die durch den englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrrell, überbrachte Anregung der englischen Regierung angenommen, in der nächsten Woche

eine Zusammenkunft des Komitees der Schahantafelverständigen in London anzuberaumen. Dieses soll im einzelnen die Durchführung des Deutschland beabsichtigten Moratoriums regeln.

Amerika zur Teilnahme bereit.

Washington, 7. Juli.

Im Außenamt wurde heute auf eine Anfrage erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten werde sich gern an internationalen Konferenzen beteiligen, die mit dem Hoover-Plan zusammenhängen, und zwar sowohl an einer Konferenz der Außenminister der in Frage kommenden Staaten, wie an einer Konferenz der Finanzexperten. Sollte es auf der ersten Konferenz gelingen, Frankreich zu einer Verlängerung der gestern vereinbarten Frist zu veranlassen, in der Deutschland die auf ein Jahr gestundeten Beträge nachzahlen hat, so würde die amerikanische Regierung das wärmstens begrüßen. Präsident Hoover hatte zuerst 35, dann 25 Jahre vorgeschlagen und betrachtete eine Frist von 10 Jahren als zu kurz.

Hoover-Plans zwar eine wesentliche Hilfe, aber zugleich eine große Aufgabe. Nur derjenige kann gerettet werden, der sich selbst zu retten versteht. Das gilt wenigstens für die wirtschaftlichen und für die staatspolitischen kritischen Situationen. Die Gesamtsumme der Entlastung kann noch nicht ganz genau berechnet werden. Nach dem genauen Sinn des Hoover'schen Vorschlags hätte Deutschland insgesamt etwa 1636 Millionen Mark als Entlastung seines Haushalts buchen dürfen. Von dieser Gesamtsumme würden 1227 Millionen Mark in das laufende und 409 Millionen Mark in das nächste Etatjahr entfallen. Jetzt muß man damit rechnen, daß nicht die ganze Summe dem Reich zukommt, sondern daß ein Teil davon für die Finanzierung der laufenden Sachlieferungsverträge verwendet wird. Wir würden es für richtiger halten, daß auch die in Kraft bleibenden Sachlieferungsverträge während des Schonjahres nicht aus Reichsmitteln, sondern auf dem Kreditwege finanziert werden. Die Frage bleibt aber vorläufig offen. Es erscheint uns dagegen als selbstverständlich, daß das Reich über die Summen verfügt, die formell von der BZ. an die Reichsbahn als Anleihe gegeben werden sollen. Diese Regelung ist nichts anderes als ein Umweg mit dem Zweck, den Hoover-Plan formell in Einklang mit dem Young-Plan zu bringen. Aus dem Wortlaut des Hoover'schen Vorschlags geht aber mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Entlastung in ihrem vollen Umfang den Regierungen, also in unserem Falle dem Deutschen Reich, zugute kommen soll.

Wie sich diese Entlastung auswirken wird, das hängt in erster Linie davon ab, ob es gelingt, die Voraussetzungen für die Ueberwindung der gegenwärtigen akuten Vertrauenskrise der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Staat gegenüber zu schaffen. Bergewärtigen wir uns, daß die Devisenabflüsse von der Reichsbank seit Ende Mai etwa die gleiche Summe oder sogar mehr ausmachen als die Gesamtsumme der Entlastung nach dem Hoover'schen Vorschlag. Es kommt also vor allem darauf an, daß man eine entscheidende Wenderung auf diesem Gebiet bewirkt. Es ist die höchste Zeit, zu beweisen, daß in Deutschland mit der Vereinigung der wirtschaftlichen — wohlgemerkt: privatwirtschaftlichen — Mißstände, die sich in Fällen, wie Nordwolle und Karstadt, offenbaren, ernst gemacht wird.

Die jetzt erhaltene Entlastung kann nur dann voll wirksam werden, wenn sie durch langfristige Auslandsanleihen ergänzt wird. Die Vertrauenskrise muß aber überwunden werden, damit diese Anleihen möglich werden. Dafür brauchen wir neben einer gründlichen innerwirtschaftlichen Vereinigung eine weitgehende außenpolitische Entspannung, und damit erweist sich die Politik der internationalen Verständigung namentlich Frankreich gegenüber als wichtigste Form der Konjunkturpolitik. Die außenpolitische Entspannung ist aber nicht möglich, solange der Eindruck entsteht, als ob die ganze deutsche Politik unter dem stärksten Druck der nationalistischen Reaktion steht.

Eine außenpolitische Entspannung reicht aber auch nicht aus, solange die innenpolitischen Spannungen bedrohlich zunehmen. Dadurch gewinnt die Frage nach den sozialen Auswirkungen der getroffenen und zu treffenden Maßnahmen auch von diesem Standpunkt eine überragende Bedeutung. Insbesondere muß schon jetzt mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es eine gefährliche Selbsttäuschung wäre, wenn man die Aufgabe der finanziellen Sanierung nur im Gleichgewicht der Reichsfinanzen sehen würde. Bleibt die kritische Lage der Kommunen unbehoben, bleibt die Gefahr bestehen, daß die Kommunen ihre sozialen Leistungen nicht erfüllen können, so bleibt damit auch das ganze Sanierungswerk illusorisch.

Dies scheinen uns die wesentlichsten Gesichtspunkte zu sein, unter denen das Problem der Ausnutzung der erhaltenen Entlastung zu betrachten ist. Wir dürfen keine Illusionen, keinen übertriebenen Optimismus haben. Wir müssen uns über alle Schwierigkeiten der Lage und über das gefährliche Treiben der Katastrophopolitiker völlig klar sein. Nur durch zähen Kampf mit voller Anstrengung aller Kräfte kann es uns gelingen, durchzusehen, daß die Hilfe vom Ausland zum Ausgangspunkt für die Ueberwindung unserer Not wird.

## Polizei und Universität.

### Kein Sonderrecht auf akademischem Boden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Immer wieder läßt sich feststellen, daß noch in einzelnen Kreisen die Auffassung herrscht, als ständen dem Eingreifen der Polizei gegenüber den Ruhestörungen auf dem Boden der Universitäten irgendwelche rechtlichen Bedenken gegenüber. Diesem kann man sogar noch hören, daß die Universitäten irgendwie exterritorial seien. Diese Auffassung ist absolut irrig. Es sei deshalb, um den Sachverhalt noch einmal ganz klarzustellen, ein Erlaß des Preussischen Ministers des Innern vom 28. November 1930 in Erinnerung gerufen, der die gesamte Lage vollkommen auf Grund des geltenden Rechts klarstellt. In dem Erlaß heißt es:

„Gegenüber den . . . nicht nur von Seiten der Studentenschaft in der Öffentlichkeit geäußerten Zweifeln über die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Polizei auf dem „Boden der akademischen Freiheit“ stelle ich — bei voller Anerkennung der akademischen Obrigkeit in allen rein akademischen Dingen und Geschäften — mit Nachdruck fest, daß, wie überall, die Polizei zur Sicherung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auch in den Gebäuden und Anlagen der Universitäten oder Hochschulen berechtigt und verpflichtet ist. Die Befugnisse der allgemeinen Polizei gegenüber den Universitäten, ihren Organen und ihren Besuchern sind weder in sachlicher noch örtlicher Beziehung irgendwie beschränkt. Die Polizei hat daher nicht nur auf Anfordern der Universitätsbehörden mit möglichst beschleunigter Maßnahme mit den der gegebenen Lage entsprechenden Kräften einzugreifen, sie ist vielmehr darüber hinaus im Rahmen ihrer allgemeinen Pflichten gehalten, vorbeugend alle Vorfälle zu treffen, um gegebenenfalls auch ohne Anforderung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in den Universitäten zu gewährleisten.“

Mit dieser Feststellung dürften wohl die letzten, immer wieder auftauchenden Unklarheiten beseitigt sein.

# Hoover für Herabsetzung aller Schulden?

## Einstweilen wartet er Genfer Ergebnisse ab.

Washington, 7. Juli.

In den Washingtoner Blättern wird aus Costles Darstellung der Entstehung des Hoover-Planes als wesentlichster und bemerkenswertester Passus in Feltedruck jener hervorgehoben, der davon berichtet, daß Hoover sich ernstlich mit dem Gedanken getragen habe, eine internationale Konferenz einzuberufen, deren Zweck es sein sollte, die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten erneut zu prüfen. Costle sagt wörtlich: „Eine der Ideen, die Präsident Hoover im Sinne hatte, und die aus dem Gefühl entsprang, daß Hilfe gebracht werden müsse, war die, die Zahlungsfähigkeit des Auslandes erneut zu prüfen, um zu erkennen, ob jene Schulden, wie die Reparationen und alle anderen, nicht gemäß der Weltdepression ermäßigt werden sollten.“

Es wurde aber entschieden, daß es nicht klug wäre, damit unvorzüglich vorzugehen, weil doch zur Unterbrechung dieses selben Problems, Europa Hilfe zu bringen, eine Konferenz in Genf eingeleitet war, die vielleicht ein wertvolles Projekt ausgegearbeitet hätte.

### Amerika rechnet mit zwei Konferenzen.

Washington, 7. Juli.

Unterstaatssekretär Castle erklärte heute, selbst wenn die britische Regierung eine internationale Konferenz der Außenminister einberufen sollte, so sei nichtsdestoweniger auch noch eine Konferenz der Finanzexperten der beteiligten Länder erforderlich. Die Konferenz der Staatsmänner könnte seiner Ansicht nach die Frage diskutieren, ob nicht die Rückzahlungsfähigkeit, die man Deutschland gestern gewährt habe, zu kurz sei. Dagegen würde eine Revision der Schuldenverträge im gegenwärtigen Augenblick sicher nicht diskutiert werden. Zur formellen Intraffsetzung des Hoover-Planes bedürfte es jetzt nur noch der formellen Zustimmungserklärung seitens der anderen Staaten mit Ausnahme von Frankreich, das bereits zugestimmt habe. Dies alles sei aber nur eine Formsache; tatsächlich habe das Ferienjahr bereits begonnen.

### England wünscht allgemeine Neuregelung.

London, 7. Juli. (Eigenbericht.)

In London ist man allgemein der Auffassung, daß während des Feiertages eine bessere Lösung der Frage der internationalen Schulden gefunden werden muß, wenn man sich nach 12 Monaten nicht wieder in einer ähnlichen prekären Lage befinden will wie gegenwärtig. Die von MacDonald vorgeschlagene Konferenz soll sich deshalb mit den während der Pariser Verhandlungen nicht geklärten Fragen beschäftigen, aber zugleich die Möglichkeit zu Verhandlungen über das gesamte Problem der internationalen Schulden bieten.

Der „Daily Herald“ kritisiert in einem Leitartikel die Art, wie Frankreich den Hoover-Plan zum Anlaß eines Ruhhandels genommen habe, erkennt aber zugleich den Mut der französischen Regierung an, schließlich doch ihre ursprüngliche Haltung aufzugeben. Ueber die Aufgaben, die während des Feiertages zu lösen sind, sagt das Blatt: Daß der Plan in Kraft tritt, ist nicht genug. Dieses Jahr muß benutzt werden, nicht nur, um das ganze Problem der Schulden zu behandeln, sondern auch für weitreichende Maßnahmen finanzieller Reformen. Vor allem muß es benutzt werden, um eine Reduzierung der Rüstungen durchzuführen.

### Flandins Rechtfertigung.

Paris, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Der französische Finanzminister Flandin erklärte am Dienstag vor Vertretern der Presse über den Vorschlag Hoovers und das am Montag abgeschlossene Pariser Abkommen unter anderem folgendes: Als der Vorschlag Hoovers bei uns bekannt wurde, hat er die

meisten Franzosen überrascht, die über die ernste finanzielle Lage Deutschlands im allgemeinen nicht unterrichtet waren. Wenn sich die französische Regierung der Initiative Hoovers angeschlossen hat, so ist das geschehen

um einen neuen Währungs zusammenbruch in Deutschland zu verhindern.

dessen vernichtende Folgen besonders der französischen Reparationsschuldforderung schädlich gewesen wären. Die Verhandlungen waren sehr mühsam. Die französische Regierung mußte die Aufrechterhaltung des Young-Planes mit der amerikanischen Anregung einer einjährigen Zahlungseinstellung in Einklang bringen. Wir haben uns dabei in den vor dem Parlament dargelegten und von ihm gebilligten Grenzen gehalten. Die neuen Verhandlungen, die in kurzem beginnen werden, müssen in demselben Geiste geführt werden, der für das am Montag abgeschlossene Abkommen bestimmend war. Das internationale Vertrauen muß wiederhergestellt werden, das für die Behebung der Geschäftstätigkeit ebenso große Bedeutung hat wie im Jahre 1926 für die Konsolidierung des Franken. Der Vorschlag Hoovers hat gezeigt, daß Amerika, auch wenn es wollte, weder sich selbst noch Frankreich isolieren kann. Alle Anstrengungen müssen jetzt vereinigt werden, um die Krise zu beseitigen. Wir haben unseren Anteil an dem Opfer übernommen, jetzt ist es Sache der anderen Länder, den ihrigen auf sich zu nehmen.“

In Anschluß daran hat sich der Finanzminister über die in dem Abkommen angekündigten Verhandlungen ausgesprochen. Danach scheint die französische Regierung, obgleich noch nichts Endgültiges beschlossen ist, gegen eine internationale Konferenz zu sein, weil sie unter dem Vorwand, die noch schwebenden Fragen zu regeln, eine Revision des gesamten Reparationsproblems zum Nachteil des Young-Planes in die Wege leiten könne. Die französische Regierung denkt daher eher an eine Reihe von Einzelbesprechungen. Die erste dieser Unterredungen soll mit Reichsfinanzminister Brüning und Außenminister Curtius geführt werden. Nach einer noch nicht bestätigten Meldung des „Paris Soir“ wird sie wahrscheinlich am 25. Juli stattfinden. Die deutschen Minister sollen bei dieser Gelegenheit vor allem die gegenüber der amerikanischen Regierung abgegebene Versicherung wiederholen, daß die Reichsregierung die ihr zur Verfügung gestellten Kredite nur zu wirtschaftlichen Zwecken verwenden werde. Vor den deutschen Regierungsvorstellern wird der englische Außenminister Henderson auf dem Wege nach Berlin die französische Hauptstadt passieren. Mit ihm soll

### über die politischen Rückschlüsse

gesprachen werden, die der Hoover'sche Vorschlag auf die Beziehungen zwischen Frankreich und England ausüben könne. Dann sollen Sachverständige des englischen und französischen Schatzamtes die Durchführungsmodalitäten des amerikanischen Planes prüfen und sich über die Frage des Garantiefonds verständigen. Schließlich soll sich der Sachlieferungsausschuß des Young-Planes, der einmal jährlich in Paris zusammentritt, mit der endgültigen Regelung der Sachlieferungsfrage befassen.

Am Schluß seiner Darlegungen vor der Presse erklärte der französische Finanzminister, daß sich jetzt die anderen Mächte mit Amerika ins Einvernehmen setzen müßten, was sicherlich nicht mit großen Schwierigkeiten vor sich gehen werde. Die amerikanische Regierung habe vielleicht während der bisherigen Verhandlungen ihre Feste schon etwas bedauert (?). Frankreich hätte aber nicht die Verantwortung für ein Scheitern übernehmen können, das vielleicht von den Amerikanern selbst gewünscht worden wäre (?).

Die letzten Erklärungen des französischen Finanzministers, nach denen Amerika seine Feste während der Verhandlungen mit Frankreich „schon etwas bedauert“ habe, stehen in schroffem Widerspruch zu all den Erklärungen, die Staatspräsident Hoover in den beiden letzten Wochen in Berlin hat abgeben lassen. Danach war Amerika unseres Wissens auch entschlossen, dem Hoover-Plan ohne Frankreich Geltung zu verschaffen.

## Die „Rote Fahne“ verboten.

Vom 8. bis 21. Juli.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die „Rote Fahne“ ist heute auf Grund des § 1 Ziff. 1 und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 8. bis 21. Juli 1931 verboten worden, weil sie wiederholt die Polizeibehörde Berlins in größtmöglicher Weise beschimpft hat.

Die „Rote Fahne“ hat in ihrer Sonntagsausgabe die Behauptung aufgestellt, daß die Polizeibehörde Berlins verfehdete Polizeibeamte planmäßig als Provokateure auf die Straßen entsendet. Obwohl dieser Artikel bereits äußerst schwere Beschimpfungen der Polizeibehörde Berlins enthält, wurde von einer Maßnahme gegen das Blatt zunächst abgesehen, um ihm die Möglichkeit zu belassen, sich von der Unrichtigkeit seiner Behauptungen zu überzeugen. Das Blatt hat die ihm gebotene Gelegenheit nicht benützt, vielmehr in seiner Ausgabe vom 7. Juli 1931 die gleichen Behauptungen in grob beschimpfender Form erneuert. Es ist daher für die obengenannte Zeitspanne verboten worden.

## Das Uniformverbot in Hamburg.

### Unverständliche Entscheidung eines Oberlandesgerichts.

Hamburg, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Das Hamburger Oberlandesgericht hat am Montag die Revision der Staatsanwaltschaft gegen ein Urteil des Amtsgerichts abgewiesen, durch das fünf Nationalsozialisten, die wegen verbotswidriger Uniformiragens angeklagt waren, mangels einer strafbaren Handlung freigesprochen wurden. Das Amtsgericht hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß das auf Grund des Hamburger Verhältnissesgesetz erlassene polizeiliche Verbot der Naziform eine Ermächtigung, überschreitung der Polizei sei.

Das Hamburger Oberlandesgericht bestätigte am Montag diese Auffassung des Amtsgerichts, indem es die Polizeiverordnung des Senats vom 31. Oktober für ungültig erklärte. Dieses Urteil des Oberlandesgerichts, das in allen republikanischen Kreisen großes Aufsehen erregt hat, muß um so mehr bedauern, als die Notwendigkeit des polizeilichen Vorgehens gegen die fortgesetzten Naziausbreitungen gar nicht zu bestreiten ist. Der Präses der Polizeibehörde, Senator Schönfeldor, hat daher, eine von

den Berichten zu beachtende Rechtsgrundlage für polizeiliche und strafrichterliche Einschränkung zu schaffen, heute, unmittelbar nach Bekanntwerden der Oberlandesgerichtsentscheidung eine neue Verordnung auf Grund der Roterordnung des Reichsgerichtspräsidenten vom 28. März d. J. erlassen. Diese neue Verordnung verbietet ausdrücklich das öffentliche Tragen einheitlicher, insbesondere militärischer Parteiuniformen oder Bundeskleidungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der sogenannten Sturmabteilung (SA), Schutzstaffel (SS) und der Hitler-Jugend.

Zu solchen Uniformen oder Bundeskleidungen gehören Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen äußerlich zu kennzeichnen.

Während Zuwiderhandlungen gegen das Uniformverbot bisher nach der für ungültig erklärten Senatsverordnung mit Geldstrafe bis zu 150 M. bzw. mit Haftstrafe bis zu 6 Wochen bestraft werden konnte, unterliegt nunmehr ein Vergehen gegen das Uniformverbot ohne weiteres der Strafandrohung der Roterordnung. Danach beträgt die Mindeststrafe einen Monat Gefängnis.

## Infame Beleidigung Strefemanns.

### Das Stuttgarter Talentkreuzblatt verboten.

Stuttgart, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Das württembergische Innenministerium hat das Stuttgarter Talentkreuzblatt wegen Beleidigung des verstorbenen Reichsaußenministers Strefemann bis 16. Juli verboten. Die Beleidigung wird in folgender Gemeinheit erblickt, die sich das Talentkreuzblatt anlässlich der Enthüllung des Ehrenmals für Strefemann in Mainz leistete:

„Ach Herr Tirard, der Oberkommandierende und Bluthund der Rheinland-Besatzungskommission, lieh in Anbetracht des herzlichen Einvernehmens zwischen ihm und dem „Befreier der Rheinlande“ einen Kranz niederlegen, ebenso Briand, neben Strefemann der größte „Paneuropäer und Zerstörer Deutschlands“. Das danfbare deutsche Volk — wie es in der Gedächtnisfeier heißt — hat keinen Grund, den Vertreter eines Systems zu feiern, das keine Gelegenheit vorübergehen läßt, seine ganze Unfähigkeit, die sich besonders auf außenpolitischem Gebiet geradezu ungeheuerlich auswirkt, unter Beweis zu stellen.“

# Am Grabe des Gemordeten.

## Die Beisetzung des Genossen Kuhfeld. — Polizei und Bevölkerung trauern. Im Dienst der Republik gefallen. — Anklage gegen den Terror.

Unter sehr starker Anteilnahme der Berliner Schutzpolizei und unter Massenbeteiligung der Berliner Bevölkerung ist gestern nachmittags Oberwachmeister Genosse Emil Kuhfeld auf dem Pankower Gemeindefriedhof beigesetzt worden. Vier Polizeibeamte stellten am Sarge die Ehrenwache. Zu beiden Seiten hatten das Reichsbanner und Vertreter der Sozialdemokratie mit ihren Bannern Aufstellung genommen. Ueber dem Kopfende des Sarges schwebte das Bundesbanner des Gau's Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die kleine Halle war bald überfüllt, draußen hatten die Kameraden des Erschossenen sowie das Reichsbanner Aufstellung genommen. Tausende von Leidtragenden, die dem ermordeten Kameraden und Genossen den letzten Gruß entboten, verharren in Ehrerbietung und Schmerz lange Zeit an dem Grabe.

Nach einem Lied der Arbeiterfänger vom Sohn des Volkes überbrachte Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier dem Toten im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei die letzten Abschiedsgrüße. Tiefersehender steht die Partei neben den trauernden Angehörigen an der Bahre eines jungen hoffnungsvollen Lebens, das durch die Kugel eines Mordmörders jäh ausgelöscht wurde. Die besondere Tragik liegt darin, daß hier ein von frischem Kampfegeist durchglüheter und hohem Idealismus erfüllter Genosse von uns geht, dessen Herz in der Wüste der Jahre aufgehört hat zu schlagen. Zu jeder Zeit, in der wirtschaftliche Gegensätze miteinander ringen, formen sich diese zu politischen Gegensätzen um. Das gilt um so mehr für Zeitalter wie die unsrigen, in der die Rot an unser aller Türen pocht, in der die Wogen politischer Leidenschaften besonders hoch gehen. Politische Leidenschaft mag ein Gradmesser für Ueberzeugungstreue sein, aber nie kann sie eine Rechtfertigung für politischen Haß sein. Hier entstehen die Gegenpole! Statt Achtung — Achtung des Gegners, persönliche Verunglimpfungen des Andersgestimmten, das sind die Kennzeichen der öffentlichen Demoralisierung. Das ist die Kampfatosphäre, in der auch der politische Mord zum System erhoben wurde. Unerhört groß ist die Zahl der Opfer, die in den letzten zwölf Jahren im Dienste der Republik, für die Demokratie gefallen sind. Die Sozialdemokratie hat ein Recht, angesichts dieses Toten öffentlich Anklage zu erheben gegen die Terroristen der extremen Parteien. Nichts wäre natürlich leichter, als in dieser Stunde politischen Haß zu entzünden, den feierlichen Ernst dieser Stunde soll aber kein Rauegeschrei entweichen. Aber so wahr dieser junge Kämpfer politischen Haß zum Opfer fiel, so gewiß wird der Tag kommen,

**an dem die Arbeiterklasse Rechenschaft fordern wird von den intellektuellen Urhebern der feigen Mordtaten, jenen Vurichen, die in den nationalsozialistischen und kommunistischen Redaktionsstuben sitzen und niedrigste Instinkte systematisch aufheben.**

Der Tod des jungen Genossen soll gleichzeitig eine erneute Mahnung sein, gegen politischen Haß, gegen politischen Mord, der das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse schändet, aufklärend weiterzukämpfen.

Unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches setzte sich

der Zug von der Kapelle durch ein Schupospalier nach dem Grabe in Bewegung, wo Polizeipräsident Dr. Weich als Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten, das Wort ergriff. In der kurzen Frist weniger Wochen steht die Berliner Schutzpolizei zum zweitenmal an der Bahre eines jungen Polizeibeamten, der das Opfer politischer Verheerung geworden ist. Mit Emil Kuhfeld trägt die Berliner Schutzpolizei einen der befähigsten charaktervollsten Beamten zu Grabe, einen lebensfröhlichen Menschen, der Sonnenschein um sich zu verbreiten wußte, den Vorgesetzten und Kameraden mit gleicher Liebe und Freundschaft umfing. Immer wird in den Reihen der Berliner Schutzpolizei der Name Emil Kuhfeld unvergessen sein. Dankbar sind wir Polizeibeamten dem Abgeordneten Meier, daß er starke Worte der Abwehr gegen die

feigen geistigen Urheber

des politischen Mordes und ihre verrotten Handlanger gesprochen hat. Und wir rufen an diesem Grabe erneut alle Volksgenossen — ob sie links oder rechts stehen — auf, eine Front der Bernunft,

der Anständigkeit, der Menschlichkeit zu bilden, die auch im Schutzpolizeibeamten den Menschen sieht. Emil Kuhfeld war Sozialdemokrat und der vor wenigen Wochen ebenfalls erschossene Hauptwachmeister Jänker war auch Sozialdemokrat...

Nach Dr. Weich sprach noch Wichmann vom Gauvorstand des Reichsbanners und ein Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Reichsbundes deutscher Polizeibeamter. Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden wurde dann unter dem Schluagen der Mitter des Toten und tiefer Ergriffenheit der trauernden Menge der Sarg der Erde übergeben.

Zu der Trauerfeierlichkeit waren neben mehreren tausend Schutzpolizeibeamten fast sämtliche Gruppenkommandeure und höheren Offiziere der Berliner Schutzmannschaft, an ihrer Spitze der Kommandeur Heimannsberg, ferner Vertreter der Landjäger und des Polizeimasterschulzes erschienen sowie zahlreiche Fahnen- und Kranzabordnungen der einzelnen Inspektionen und des Reichsbanners.

# Das Wasser schwoll...

## Wie die Hochflut im Erzgebirge wütete.

Johanngeorgenstadt, 7. Juli.

Der am Montagnachmittag über den Ortsschaften Jugel, Wittigsthal und Breitenbach niedergelagene Wolkenbruch hat erheblich größeren Schaden angerichtet, als ursprünglich angenommen wurde. Man schätzt ihn insgesamt auf 15 Millionen Mark. Die drei genannten Ortsschaften bilden nur noch einen wüsten Trümmerhaufen.

Viele Häuser sind eingestürzt, wobei der Arbeiter Hänel von den Trümmern erschlagen wurde. Zwei Kinder werden noch vermißt. Sie sind vermutlich ums Leben gekommen. Die große Eisenbetonbrücke in Wittigsthal wurde von den Wassermassen zertrümmert und abgetrieben. Auf der Strecke von Breitenbach bis Antonstal ist die Talstraße teilweise aufgerissen. Der Eisenbahndamm ist stellenweise mit den Gleisen in das Flußbett abgerutscht. Die ganze Eisenbahnstrecke von Schwarzenberg bis Johanngeorgenstadt muß als völlig vernichtet angesehen werden. In den Ortsschaften drang das Wasser meterhoch in die Keller ein, und die Bewohner mußten sich an einzelnen Stellen in die oberen Stockwerke retten. Auch mehrere kleinere Brücken sind den Fluten zum Opfer gefallen. Außer den Telegraphenleitungen sind auch Masten der elektrischen Ueberlandkraftleitung umgerissen worden. Zahlreiches Mobiliar wurde beschädigt und vom Wasser fortgeschwemmt. Auch die politischen Parteien haben Hilfskolonnen gebildet und sind eifrig am Werke, der hartbedrängten Bevölkerung tatkräftige Hilfe zu leisten.

Wie wir noch hören, sind auch die Gas- und Wasserleitungen durch die Gewalt der Wassermassen zerstört worden.

# Großfeuer in Waidmannslust.

## Vier Feuerwehrlente zu Schaden gekommen.

Im Dachstuhl des Hauses Oraniendamm 12 in Waidmannslust brach gestern nachmittags plötzlich Feuer aus, das in kurzer Zeit solchen Umfang annahm, daß auch das Nachbargebäude schwer in Mitleidenhaft gezogen wurde.

Fünf Löschzüge griffen unter Einsatz von acht Schlauchleitungen in die Bekämpfung des Großfeuers ein. Die Flammen fanden an dem ausgetrockneten Dachgebälk und dem Inhalt der Verschläge reiche Nahrung. An dem Ausgangsherd des Feuers wüteten die Flammen mit so großer Gewalt, daß die Decken zu den darunterliegenden Wohnungen durchbrannten. Erst nach zweistündiger Löscharbeit gelang es, den Brand einzukreisen. Drei Feuerwehrlente erlitten starke Rauchvergiftungen und mußten in Rettungswagen in das Hermsdorfer Dominikus-Hospital gebracht werden. Ein vierter Beamter erlitt erhebliche Handverletzungen davon.

Der Brandschaden ist sehr hoch. Die Entstehungsurache wird von der Polizei noch geklärt.

# Gefährliche Schwefeldämpfe.

Die Wohnung des Postausheifers Walter Zippan in der Bernauer Straße 119 sollte gestern mit Schwefel ausgeräuchert werden. Diese Arbeit wurde aber nicht sorgfältig ausgeführt, so daß in kurzer Zeit das ganze Treppenhaus von Schwefelgasen angefüllt und es daher den Hausbewohnern nicht möglich war, ihre Wohnungen zu verlassen. Da es auch nicht gelang, die



In der Rubrik „Tagesereignisse“ stand wirklich mit fetten Buchstaben gedruckt:

Unter ein Pferd geraten.

Der Bürger D. Bender geriet heute unter das Pferd der Droschke Nr. 8974. Der Bürger Bender wurde nicht verletzt und ist mit dem bloßen Schrecken davongekommen.

„Den Schrecken hat der Kutscher gehabt“, bemerkte D. Bender unzufrieden. „Diese Idioten! Sie schmieren und schmieren und wissen selbst nicht, was dabei herauskommt. So, so! Das ist also „Die Werkstatt“? Das ist sehr, sehr interessant. Wissen Sie, Worobjew, es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Notiz jemand geschrieben hat, der dabei auf unserem Stuhl gefressen ist. Ein interessanter Zufall.“

Der große Kombinator wurde nachdenklich. Der Vorwand für einen Besuch in der Redaktion war da.

Ostap erfuhr von einem Angestellten, daß alle Zimmer, die in den Korridor führten, Redaktionszimmer waren. Er gab sich den Anschein eines einfältigen harmlosen Menschen und begann einen Rundgang durch die Räume. So wollte er in Erfahrung bringen, wo sich der Stuhl befand.

Er begab sich zuerst ins Hauptbüro, wo eben die Sitzung irgendeines Sportverbandes stattfand. Mit einem stüchtigen Blick überzeugte er sich, daß der Stuhl nicht da war, und ging gleich ins nächste Zimmer. Im Kafferaum sagte er, daß er auf eine Entscheidung warte, in der Korrespondenzabteilung fragte er, ob hier, wie er im Annoncenteil der Zeitung gelesen habe, Makulatur zu verkaufen sei. Im Sekretariat fragte er nach den Abonnementbedingungen, im Zimmer des Feuilletonredakteurs fragte er, ob man hier eine Annonce, Dokumentenverluste betreffend, abnehmen möchte. Auf diese Weise gelangte er endlich in das Zimmer eines Redakteurs, der auf dem Stuhl der Konzeptionäre saß und eben ein Telefongespräch führte.

Ostap brauchte einige Zeit, um den Raum aufmerksam zu studieren.

„Man hat in Ihrem Blatt eine offensichtliche Verleumdung meiner Person veröffentlicht, Genosse Redakteur“, sagte Bender.

„Was für eine Verleumdung?“ fragte der Redakteur.

Ostap entfaltete langsam die Zeitschrift „Die Werkstatt“. Dabei wandte er sich nach der Tür um und konstatierte, daß sich dort ein amerikanisches Schloß befand. Wenn man ein Stück Glascheibe heraus schneiden würde, so war es leicht, die Hand von außen herein zu stecken und das Schloß aufzumachen.

Der Redakteur las die von Ostap vorgewiesene Notiz.

„Her lesen Sie nur: „Der Bürger Bender ist mit dem bloßen Schrecken davongekommen.“ Was soll denn das heißen!“

„Ich verstehe nicht.“

Ostap sah den Redakteur und den Stuhl zärtlich an. „Ich werde doch vor einem Droschkentuschker nicht erschrecken. Sie haben mich vor der ganzen Welt blamiert. Ich verlange eine Berichtigung.“

„Hören Sie, Bürger“, sagte der Redakteur, „niemand hat Sie entehrt und wir geben wegen solcher Vappalien keine Berichtigungen.“

„Run gut, ich werde diese Sache nicht auf sich beruhen lassen“, sagte Ostap und schritt aus der Tür.

Er hatte alles gesehen, was er brauchte.

Der Brief Vater Fedors, den er in Koston an seine Frau in die Bezirksstadt N. schrieb:

Meine liebe Katja! Das Geld habe ich rechtzeitig bekommen, und ich danke Dir herzlich dafür. In Koston angekommen, lief ich gleich in die Zementfabrik — ein ziemlich großes Etablissement, aber niemand kannte dort einen Ingenieur Bruns. Ich war schon ganz verzweifelt, da riet mir jemand, ins Hauptbüro zu gehen und mich dort zu informieren. — Jawohl — sagte man mir dort — dieser Mann war hier angestellt und hat hier eine ziemlich verantwortungsvolle Arbeit geleistet. Er ist vor einem Jahr aus unserm Dienst getreten. Er wurde von hier aus nach Baku von der dortigen Naphthagesellschaft akzeptiert.

Run mein Täubchen, meine Reise wird also doch länger dauern, als wir gedacht haben. Du schreibst, daß Du kein Geld mehr hast. Da ist nichts zu machen, Katerina Alexan-

bald abzugehen. Wappne Dich mit Geduld, bete zu Gott und verkaufe meinen diagonal gestreiften Studentenrock. Es wird noch größere Spelen geben. Sei zu allem bereit.

Mit meiner Wäsche steht es schlecht. Ich wasche sie am Abend, und wenn sie früh trocken ist, so ziehe ich sie feucht an. Bei der Hitze ist es sogar ganz angenehm.

Ich küsse und umarme Dich,

Dein ewiger Gemahl Fedja.

Das Hühnchen und das Hähnchen auf dem weiten Ozean.

Der Reporter Persizki bereitete sich eifrig für das zweihundertjährige Jubiläum des großen Mathematikers Isak Newton vor.

„Newton nehme ich ganz auf mich. Räumen Sie mir nur genügend Platz ein“, sagte er.

„Persizki“, ermahnte ihn der Sekretär, „ich möchte Sie sehr bitten, Newton menschlich zu behandeln.“

„Seien Sie ganz ruhig. Alles wird in Ordnung sein.“

„Daß es dann nicht wie mit Lomonossow ausfällt. In der Abendzeitung war ein Bild der Irenkelin Lomonossows — und bei uns...?“

„Nicht meine Schuld. Sie hätten eine so verantwortungsvolle Sache nicht dem rothaarigen Iwanow übergeben sollen! Das haben Sie sich selbst zuzuschreiben.“

„Wie werden Sie die Sache also machen, was werden Sie bringen?“

„Was ich schreiben werde? Der wissenschaftliche Verlag hat Bücher genug über Newton herausgegeben, da werde ich Stoff für meinen Artikel finden. Die Biographie finde ich im Brochhaus. Das Bild Newtons werden sie dort alle vergeblich suchen. Ich habe aber zu Hause einen alten Kupferstich, einen sehr interessanten Kopf. Ohne weiters als Newton zu verwenden. Ich bauche nur einen Vorschuß! Run, ich gehe in Sache Newton!“

„Werden wir Newton nicht photographieren?“ fragte der Photograph, der bei den letzten Worten eingetreten war.

Persizki gab den andern ein Zeichen, das bedeuten sollte: — Still, paßt auf, was ich jetzt machen werde. —

Das ganze Sekretariat wurde aufmerksam.

„Wie? Sie haben Newton noch nicht photographiert?“ stürzte sich Persizki auf den Photographen.

Lehterer begann auf alle Fälle zu lügen. „Der Mann ist ja nicht zu erreichen“, sagte er.

(Fortsetzung folgt)

Fenster des Treppentores zu öffnen, wurde die Feuerwehr alarmiert, die dann in kurzer Zeit für Abzug der Gase sorgte, bevor es zu irgendwelchen Unglücksfällen kam.

## Zuchthaus für das Nachtgespenst

Zwei Urteile — zwei Auffassungen.

Des Nachtgespenstes und Bogers Janoschka's Kampf um seine Ehre — er hat bis zuletzt mit aller Entschiedenheit bestritten, sich des Sittlichkeitsverbrechens auch nur an einem seiner weiblichen Diebstahlsopfer schuldig gemacht zu haben — endete vor der Berufungsinstanz mit einer Niederlage. Die Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Friedmann verurteilte ihn wegen fortgesetzten Diebstahls im Rückfall und wegen versuchter Nozucht zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust und erklärte auch Polizeiaufsicht für zulässig.

Mit diesem Urteil hat sich die Berufungsinstanz gewissermaßen in Widerspruch gesetzt zu dem Schöffengericht, das unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rambke das Nachtgespenst bloß zu 3 Jahren 6 Monate Gefängnis verurteilt hatte. Zwei Urteile — zwei Auffassungen. Keiner von beiden wird eine gewisse Berechtigung abzusprechen sein. Das Schöffengericht brachte durch sein Urteil zum Ausdruck, daß es nicht jede Hoffnung aufgegeben habe, Janoschka würde sich doch einmal in die Gesellschaft einordnen; die Urteilsbegründung legte damals die Hauptbetonung auf seine schwere Jugend und auf die Hindernisse, die ihm bei seinen Versuchen, sich auf ehrliche Weise durchzuschlagen, von der Gesellschaft bereitet worden sind. Das Urteil der Strafkammer legt die Betonung auf das gemeingefährliche Treiben des Nachtgespenstes, auf den gesundheitlichen Schaden, die seine Opfer in vielen Fällen davontragen, es zweifelt, daß Janoschka noch irgendeinmal den Weg ins bürgerliche Leben zurückfinden würde. Die Strafkammer hielt ihn auch des Sittlichkeitsverbrechens fähig und schenkte der einzigen Zeugin Glauben.

Janoschka schien von dem Urteil im höchsten Grade bestürzt. Die Strafe wegen der fortgesetzten Diebstähle, einerlei ob hoch oder niedrig, wäre er schon bereit, ohne weiteres auf sich zu nehmen. Aber die Strafe wegen des Sittlichkeitsverbrechens empfindet er als entehrend.

## Sahm bei Luther.

Um die Verlängerung des Danabankkredits.

Oberbürgermeister Dr. Sahm, Bürgermeister Dr. Elias und Stadtkämmerer Ush hatten gestern eine Besprechung mit der Leitung der Reichsbank. Nach einer Mitteilung des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin handelt es sich darum, im Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen über den VVB-Kredit mit der Reichsbank die finanzielle Situation zu besprechen. Die Besprechung galt also in erster Linie der Verlängerung des noch in diesem Monat fällig werdenden Danabankkredits in Höhe von 140 Millionen Mark.

## Wasserschäden durch Gewitter.

Feuerwehr unter Ausnahmezustand.

Der gestrige heftige Gewitterregen in den Abendstunden hat besonders im Osten und Süden der Stadt in den tiefergelegenen Straßenzügen wieder erhebliche Ueberschwemmungen verursacht. Bei der Zentrale der Berliner Feuerwehr liefen die Hilferufe in so dichter Folge ein, daß einige Brandbezirke unter Ausnahmezustand verfeuert werden mußten. Das Gewitter brachte leider nur eine geringe Abkühlung. Wie bekannt wird, sind mehrere Blitzeinschläge zu verzeichnen, die jedoch keinen nennenswerten Schaden angerichtet haben.

## Ein neues Todesurteil.

Wesermünde, 7. Juli.

Nach dreistündiger Beratung verurteilte abends 9 Uhr das Schwurgericht Verden das folgende Urteil gegen den des Lustmordes angeklagten 47-jährigen Maurer Hermann Künne: Der Angeklagte wird wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebenszeit aberkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. Künne hatte die siebenjährige Schülerin Ingeborg Bopp mißbraucht und dann ermordet.

## Der Scheldedeich gebrochen.

Antwerpen, 7. Juli.

Der Scheldedeich oberhalb der Schleuse von Ogers ist an drei verschiedenen Stellen an der Straße von Eederen nach Austerkerk gebrochen. Das Anglut wurde durch drei mit Sand gefüllte Versenkföhen herbeigeführt, die durch die Strömung losgerissen und gegen den Damm getrieben wurden. Die durch den Dambruch hervorgerufene Ueberschwemmung erreichte an verschiedenen Orten eine Höhe von ein halb bis ein Meter.

Neuregelung der Steuerabzüge vom Arbeitslohn ab 1. Juli 1931. Die überaus zahlreichen Anfragen an die Finanzämter lassen erkennen, daß über die neuen Bestimmungen für den Steuerabzug vom Arbeitslohn in weiten Kreisen Unklarheit herrscht. Da jeder Arbeitgeber haftbar ist, wenn der Abzug gar nicht, unrichtig oder nicht rechtzeitig vorgenommen wird, wird jedem Arbeitgeber dringend empfohlen, sich das soeben erschienene Merkblatt über die Steuerabzüge vom Arbeitslohn, gültig ab 1. Juli 1931, sofort zu beschaffen. Die Abgabe des Merkblattes erfolgt kostenlos, nach auswärts erfolgt der Versand durch die Post gebührenfrei! Bestellungen auf das Merkblatt sind zu richten an die Hauptabgabestelle der Reichs-Steuermerkmale, Berlin SO. 38, Dresdener Straße 2.

Der Bezirksausschuß der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Brandenburg, veranstaltet in der Woche vom 3. bis 8. August eine Ferienfahrt mit dem Motorabenteuerschiff „Baldur“ nach Magdeburg, Tangermünde, Havelberg, Rathenow. Der Preis der Bahrfahrt beträgt für Kinder 14 Mark, für Erwachsene 17 Mark, einschließlich Logis und Teilverpflegung (morgens Kaffee ohne Zubrot, Mittagessen, abends Kaffee oder Kakao ohne Zubrot). Anmeldungen sind zu richten an: Otto Völk, Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Brandenburg, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 1. Hof 11.

Freiender-Welt-Kongress in Berlin. Vom 5. bis 7. September dieses Jahres findet in Berlin ein Freiender-Welt-Kongress statt. Derselbe wird als Auftakt am Vorabend, also am Freitag, dem 4. September d. S., um 19 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Halensee, eine Freiender-Rundgebung vorausgehen. Der Deutsche Freierverband C. B. bittet alle befreundeten Organisationen und alle Körperschaften, schon jetzt bei Festlegung ihrer Tagungen den 4. September d. S. freizulassen.

# Die Arbeit an Berlins Etat.

Fortsetzung der Debatte im Rathaus. — Gesundheitswesen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung setzte gestern abend die Beratung des Haushaltsplanes, beim Kapitel Gesundheitspflege fort.

Nach dem Nationalsozialisten Dr. Darsch sprach Stadtverordneter Strieder (Soz.): Die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens müssen sich sehr zum Schaden der Berliner Bevölkerung auswirken. Wir erkennen gern an, daß der verhältnismäßig günstige Gesundheitsstand der Bevölkerung nicht zuletzt auf die Wirksamkeit des Hauptgesundheitsamtes zurückzuführen ist. Genosse Strieder polemisierte gegen den Kommunisten Dröhl, der sein gutes Haar an dem Gesundheitsamt und an der Gesundheitspflege gelassen hatte. Aus allen Ländern kommen die Ärzte, sagte Strieder, selbst aus Rußland, die sich die Berliner Gesundheits-einrichtungen ansehen, und gerade die letzteren haben objektivem Maße mit ihrem Lob nicht zurückgehalten — allerdings waren das Fachleute! Der Redner setzte sich dann für eine verbesserte Kur-fürsorge ein, die in die Bezirke zu verlegen sei, weil die Bevölkerung dort den ausführenden Amtsstellen besser bekannt ist als in der zentralen Verwaltung. Die Kürzung der Etatmittel für die hygienische Volksaufklärung sei sehr zu bedauern; die Sozialdemokraten verlangen in einem Antrag, die Einsetzung von 5000 Mark für den

### Ausbau des Gesundheitshauses im Bezirk Kreuzberg.

das bei der Aufklärung sehr segensreich gewirkt hat. Wegen der Schließung von Krankenhäusern, die von der Verwaltung wegen der erfreulicherweise augensichtlich sehr geringen Belegung geplant ist, seien die Sozialdemokraten nicht grundföhlisch. Wenn es sich um veraltete, einem modernen Krankenhausbetrieb nicht mehr entsprechende Anstalt handelt, könne man durchaus darüber reden, es frage sich nur, ob mit der Schließung wirklich ins Gewicht fallende Ersparnisse gemacht werden können, da ja das Personal behalten werden muß und für die Instandhaltung der Gebäude erhebliche Mittel erforderlich sind. Daher ist entsprechende Vorkehrung bei der Schließung der Krankenanstalten geboten. Der Redner hat um Annahme eines Antrages, der sich gegen die Schließung der Dermatologischen Abteilung des Krankenhauses Brix ausspricht. Diese Abteilung müsse im Interesse der zahlreichen Bevölkerung des Südens Berlins erhalten bleiben. Interessant war, was Genosse Strieder über die

### Krankenkassenfeindschaft der Deutschnationalen

mitteilen konnte. Diese haben im Ausschuß verlangt, daß die Stadt die Kurkosten in den Krankenanstalten auf 90 Proz. des Selbstkostenpreises erhöhen soll, d. h. die Zahlung dieses erhöhten

Sahes soll nur für die Krankenkassen in Frage kommen. Herr Dr. Steiniger hat dabei aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, indem er betonte, daß die Krankenkassen ordentlich bluten müßten. Die Krankenkassenfeindschaft der Deutschnationalen zeige sich allerdings bei jeder Gelegenheit; in diesem Falle ist doch aber wohl anzunehmen, daß man insbesondere den privaten und konfessionellen Krankenhäusern einen Dienst erweisen wollte. Der Redner wies dann an Hand reichen Zahlenmaterials nach, das die immer wieder erhobenen Vorwürfe über Luxusausgaben der Krankenkassen jeder Berechtigung entbehren.

Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski betonte seine eigene Unzufriedenheit mit dem Gesundheitsetat. Nach einigen kommunistischen, deutschnationalen, volksparteilichen und staatsparteilichen Reden wurden wieder die Abstimmungen vorgenommen.

### 44 Abstimmungen

waren beim Etatstittel Gesundheitswesen nötig. Die Erhöhung der Krankenpflegekosten für die Krankenkassen auf 90 Prozent des Selbstkostenpreises, verlangt in einem Antrag der Deutschnationalen, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmten alle bürgerlichen Fraktionen, auch die Nationalsozialistische „Arbeiter“-partei. Einige Betriebsunfälle passierten den Kommunisten. Sie stimmten erst für einen nationalsozialistischen Antrag, der die Erhöhung des Etatsanschlages für die Jugendherbergen von 25 000 auf 50 000 Mark forderte; dann stimmten sie aber auch für ihren eigenen Antrag, die 25 000 Mark des Etatsanschlages einer Abteilung des Sportvereins „Fichte“ zu überweisen! Kein Betriebsunfall war es, daß sie zwar allen bürgerlichen Sportvereinen die städtischen Zuwendungen beließen, daß sie aber beantragten, die Zuschüsse für die bundesstreuen Arbeiterportler zu streichen. Das war, wie gesagt, kein Betriebsunfall, sondern Ausfluß des grenzenlosen Hasses gegen alle Einrichtungen der Arbeitererschaft. Selbstverständlich befanden sie sich in Gesellschaft der Deutschnationalen und der Nazis, kamen aber nicht durch. Eine

### ganze Anzahl sozialdemokratischer Anträge

waren schon im Ausschuß angenommen und wurden gestern mit der Ausschuhfassung gutgeheißen. So unter anderem die sofortige Eröffnung der bereits fertiggestellten Entbindungsanstalt in Lichtenberg gefordert. — Das Stadtmittel für Weibeschulungen soll in der jetzigen Form aufgehoben und der Schulverwaltung angegliedert werden. — Es wird um Ermöglichung ersucht, ob es nicht möglich ist, durch Arbeiterorganisationen den Rettungsdienst auf dem Seddin- und Crowsinsee zu organisieren.

Anschließend wurden die Kapitel über die städtischen Werke beraten. — Schluß der Sitzung gegen 22 Uhr.

# „Neue Gesinnung?“

Eine Kritik und eine Antwort.

Genosin Hedwig Wachenheim schreibt uns:

„Neue Gesinnung?“ Mit dem meiner Gesinnung geltenden Fragezeichen geht das „Berliner Tageblatt“ auf meinen Aufsatz „Der Scheuener Prügelprozeß“ ein. Der Verfasser hätte sich die Frage „Scheuen, können, wenn er sich schon vor Scheuen um die Fürsorgeerziehung gekümmert hätte, Weber die Sozialdemokratie, noch der „Vorwärts“, noch ich sind für eine Methode der Fürsorgeerziehung eingetreten, wie sie in Scheuen geübt worden ist, und die Berliner Parteinstanzen haben in ihrem Rahmen aus den Vorkommnissen längst die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Der der Sozialdemokratie nahe-stehende Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, dessen Vorstand ich angehöre, hat in der Lüneburger Heide ein Fürsorgeerziehungsheim, den „Immenhof“, das, kurz gesagt, nach entgegen-gesetzten Grundföhlen arbeitet, wie sie in Scheuen beübt wurden. Die Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“, deren Schriftleiterin ich bin, hat häufig genug in den letzten Jahren die falschen Methoden der Fürsorgeerziehung kritisiert und bereits vor zwei Jahren Richtlinien zur Umgestaltung der Fürsorgeerziehung im Auftrage des Hauptausschlusses für Arbeiterwohlfahrt herausgegeben, die, um nur die Scheuenprobleme zu erwähnen, das Verbot des Raubschereus, der Bestrafung sexueller Anormalitäten, der Ueberarbeit und des Schlagens, ebenso wie die Heranziehung guter Erzieher fordern. So, die darüber hinaus die Aufhebung der Fürsorgeerziehung als Sondermaßnahmen, die außerhalb der gesamten Jugendwohlfahrtspflege heute steht, verlangen. Das letztere ist von uns auch im Preussischen Landtag beantragt, aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Wenn jetzt der preussische Volkswohlfahrtsminister Ueberarbeit, Raubschereus, Schweigegebote, Dunkelarrest, Aenderung der Haartracht verboten hat, wenn er bessere Kontrolle der Heime, Spezial- und Uebergangsheime fordert, wenn er die Neugestaltung der Erziehungsausbildung

und die Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und Fürsorgeerziehungsbehörden ankündigt, so folgt er einer Anregung der Regierungsparteien, an der die sozialdemokratische Landtagsfraktion hervorragend beteiligt war.

Wenn der Verfasser der „B. T.“-Notiz schreibt, ich hätte Straube „entschuldigt“, als ich schrieb, er habe geprügelt, wenn er enttäuscht war und habe enttäuscht werden müssen, weil er in Niedrigkeiten mit den Jungen einig war“, so zeigt sich, daß er nicht nur von Fürsorgeerziehungs-, sondern von Erziehungsfragen nichts versteht, sonst würde er wissen, daß es eine deutlichere Ablehnung von Erziehern nicht gibt. Das „Berliner Tageblatt“ ist sehr enttäuscht, daß ich davon spreche, daß die Jungen in der Berliner Unterwelt gelebt haben. Sein Berichterstatter scheint nicht zugehört zu haben, als die Jungen selbst davon erzählten. Ich kann dem „B. T.“ verraten, daß ich auch dagegen bin, daß solche Jungen geschlagen und schlechten Erziehern anvertraut werden.

Der Ausschuß zur Bekämpfung der Fürsorgeerziehung, dem nur kommunistische Organisationen angehören, und der dadurch hinreichend gekennzeichnet ist, daß der kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz-Neuföhlen sein Vorsitzender ist, hat neben der angeklagten Jungen den Verteidiger Dr. Löwenthal gestellt, den das „B. T.“ rühmend hervorhebt. Die Kommunisten wollen keine Reform der Fürsorgeerziehung, sondern nur ein Durcheinander. Sie benutzen dazu die Jungen. Das kann auch jeder sehen, der mit offenen Augen die Lüneburger Freiheit der Jungen beobachtet hat. Das ist nicht nur ein Verbrechen an diesen Jungen, sondern an allen Versuchen zur Reform der Fürsorgeerziehung.

Wenn das „B. T.“ dem Ausschuß zur Bekämpfung der Fürsorgeerziehung und seinem Anwalt sekundiert, dann sehen wir darin keine „neue Gesinnung“. Wir haben solche Bewußtseins-spaltung auf seinen Seiten schon öfter beobachtet.

## „Macht ihnen einmal Dampf.“

Der Scheuener Prügelprozeß.

Lüneburg, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Je weiter die Beweisaufnahme im Scheuener Fürsorgeprozeß fortschreitet, um so deutlicher treten die Verfehlungen Straubes und die unföhlbaren Zustände in Scheuen zutage.

Als sich die Jöglinge Otto und Hahnhold beim Gemeindevorsteher in Sölze gemeldet hatten, schickte Straube den „Erzieher“ Dittner zusammen mit dem Topfträger Ahmann aus, die beiden zu holen. Die Jungen begrüßten Dittner mit „Onkel Leo“, der üblichen Benennung. Dittner geriet in Wut und schlug die beiden Jöglinge über den Kopf. Auch Ahmann gab ihnen als Begrüßung ein paar „Schwinger“. Bei der Baracke wurden die Jungen ausgeladen, von zwölf Topfträgern umringt und unter Prügelein bis zur verbotenen Baracke 7 getrieben. Otto wurde hier über einen Tisch gezogen und so geschlagen, daß er fortgetragen werden mußte. Hahnhold mußte diese Folterzene mit ansehen! Er legte sich dann freiwillig auf den Tisch in der Hoffnung, wenn er sich nicht wehre, weniger Prügel zu bekommen. Aber auch er war nach dem Prügelein „fertig“. Das Gericht behandelte dann den Fall der acht Mann der „Revoltegruppe“, die nach Celle gestöcht und mit dem Auto zurückgebracht sind. Straube hatte angewiesen, daß sie etwa 2 Kilometer vom Lager entfernt ausgeladen wurden. Hier empfing sie Straube's Garde und tleb sie unter ständigen Schlägen mit Gummiknüppeln, Schläuchen und Stöcken vorwärts. Man hatte ihnen vorher Holenträger und Seilriemen abgenommen, selbst die Schuhe wurden einzelnen ausgezogen, so daß sie den Weg im Schnee

barfuß zurücklegten. Straube hatte gesagt: „Macht ihnen einmal Dampf und bringt sie auf den Schwanz.“ In der Baracke war dann das Gedränge so stark, daß nicht einmal alle, die schlagen wollten, zum Schlagen kamen, die Hauptschläger mußten sich durchdrängen. Wenn der eine vom Prügelein müde war, kam der andere an die Reihe.

Die Bürogeföhlgin Günzig hat gesehen, wie Otto und Hahnhold ausgeladen und verprügelt wurden. Sie hielt es aber nicht für nötig, ihre Beobachtung weiterzuleiten. Auch will sie vorher nie gesehen haben, daß geschlagen wurde. Es fällt auf, daß diese Zeugin ebenso wie die anderen Angestellten Knochenmus, Rahwedel und Knoblauch mit ihren Auslagen zurückhält, um Straube nicht zu belasten. Der Staatsanwalt gibt bekannt, ihm seien während des Prozesses zahlreiche Schriften zugegangen, wonach Straube auch die ihm früher unterstellten Erholungsfinder geschlagen habe. Die Verteidigung stellt unter Beweis, daß Straube schon vor 20 Jahren Prügelpädagog war, und daß seine früheren Schüler ihn nur mit dem Stock in der Hand in Erinnerung haben.

Die Verhandlung wurde auf Mittwoch früh vertagt.

Gymnastikabend im Funturngarten. Das Programm der Sandereranstaltungen der Deutschen Bauausstellung sieht für Mittwoch, den 8. Juli, abends, im Funturngarten Darbietungen der Medau-Schule vor, die um 8.30 Uhr beginnen und ihren Höhepunkt in einem von 45 Dancern der Schule erstmalig gezeigten großen Fackelschwinge finden.

Mit-Berlin. Die nächste Führung durch die bergelassenen Winkel des älteren Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der bewährten Leitung des Schriftstellers Georg Hammerberg am Sonntag, dem 12. Juli 1931. Treffpunkt: 10.30 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

## Innere Wirtschaftereinigung.

### Soll es wieder bergab gehen, weil wir über den Berg sind?

Gestern hat Deutschland ausgeatmet, weil Frankreich und Amerika für die Inkrassierung des Hoover-Festjahres einig geworden sind. In der Weltwirtschaft erwartet man, daß es aufwärts gehen wird. Man erwartet es, weil man an den kritischsten Punkt der Weltwirtschaftskrise, als der Deutschland erkannt worden ist, Gefahren abgebaut hat. Deutschland erhält eine Atempause, und das ist gut so, denn diese Atempause war nötig. Der erste Schritt für Deutschland und auch für die Weltwirtschaft ist gemacht.

Die Frage ist aber zu stellen, welches der zweite Schritt sein wird, der gemacht wird, soweit Deutschland in Betracht kommt. Dazu muß

**ein bißchen deutlicher gesprochen werden, als es bisher erlaubt schien.**

Es darf der Hinweis wiederholt werden, daß die starken Devisenabziehungen der letzten Wochen in dem politischen Mißtrauen gegenüber Deutschland nicht ihre einzige Ursache hatten. Der Hinweis ist heute erlaubt, daß ausländische Kreditgeber in der innerdeutschen Wirtschaftslage manches Haar gesunden und manche krüchtige Stelle gesehen haben, die nicht mehr mit Krisenzufälligkeiten, sondern nur noch durch ein weitgehendes Versagen der privaten Wirtschaftsführung zu erklären waren. Das Ausland hat insoweit ein Recht, wenn es Deutschland noch weitere Kredite gewährt, zu erwarten, daß man in Deutschland eine innere Wirtschaftereinigung vornehmen wird.

Sämtliche verantwortlichen Stellen in Deutschland, insbesondere die Reichsregierung und die Reichsbank, haben die Pflicht, das Vertrauen, das mit der Hoover-Aktion in Deutschland gesetzt wird, durch eine innere Wirtschaftereinigung an allen Stellen, wo sie noch kaufmännischen Grundrissen notwendig ist, auch zu rechtfertigen. Wir haben allen Anlaß zu der Vermutung, daß die in erster Linie verantwortlichen inländischen Staatsbehörden und Stellen das in dieser Richtung Notwendige noch nicht oder

**zum mindesten nicht mit der erforderlichen Entschlossenheit ins Auge gefaßt haben.**

Es ist die Rede davon, daß die Reichsbank einen erheblichen neuen Devisenkredit erhalten wird. Wir halten die Reichsbank für würdig das Vertrauen, das in einem solchen Kredit liegt. Wir halten einen derartigen Kredit auch für notwendig, und je höher er ist, desto besser; denn das furchtbare Loch, das in der deutschen Umsatzzinsfinanzierung durch die ausländischen Kreditkündigungen gerissen ist, wird durch einen noch so hohen Devisenkredit für die Reichsbank nicht geschlossen werden können.

Aber es gilt zu bedenken, daß ein Kredit für die Reichsbank ein Kredit bleibt, auch wenn er ein Kredit der Notenbanken ist, und daß für das Frühlingswerden dieses Kredites Vorkehrungen getroffen werden muß. Die Politik der Reichsbank bekommt deshalb die Aufgabe — und diese Aufgabe muß von der Reichsbank in erster Linie gelöst werden — für eine Entwicklung in der Kreditwirtschaft zu sorgen, die eine Rückzahlung des Devisenkredites auch möglich macht.

Wenn man aber weiß, daß seit dem 30. Juni die deutschen Banken völlig unbeweglich gemessen sind, nicht zuletzt deshalb, weil sich in ihrer Liquidität auch Fehler der Vergangenheit gerächt haben, dann kann diese Vorkehrung der Reichsbank nur getroffen werden durch eine Wirtschaftereinigung, die bei den Ausleihungen der Banken beginnt und bei der Offenlegung und Abschreibung der bei der Bankenkundschaft eingetretenen Verluste endet.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Reichsbank in den vergangenen Wochen mit aller Kraft zu überbrücken versucht hat, was zu überbrücken möglich war. Ebenso selbstverständlich scheint es uns aber, daß die Reichsbank jetzt das Steuer herumwirft, und

**die morschen Stellen in der Wirtschaft auch dann heilen muß, wenn eine Gewaltkur nötig ist.**

Wir hören ferner, daß Verhandlungen für große Auslandsanleihen im Gange sind. Es ist wahrscheinlich, daß diese Auslandsanleihe dem Zweck dienen soll, die Sanierung in der deutschen Privatwirtschaft zu fördern. Das Ziel, das hier erstrebt wird, und auch das Mittel, das angewendet wird, können richtig und zu rechtfertigen sein. Ueber Einzelheiten zu sprechen, ist heute noch nicht die Zeit. Aber wenn die Verwendung dieser Auslandsanleihe das volkswirtschaftlich zu rechtfertigende Ziel erreichen soll, dann wird das nicht möglich sein, wenn die Verwendung dieser Auslandsgelder nicht einhergeht mit einer Reichsbankpolitik, die die Vereinigung in der Wirtschaft will und kontrollierend die Verwendung der Anleihegelder in der Wirtschaft begleitet.

Wir wissen nicht, ob es wahr ist, wovon man in Bankentreisen gestern abend sprach, daß diese Anleihe eventuell durch eine Garantie von Wirtschaft und Banken besonders gesichert werden soll. Wir müssen uns aber fragen, ob eine solche Sicherung volkswirtschaftlich sinnvoll wäre, wenn sich unter den Garanten zahlreiche Unternehmer befinden, die selbst sankter werden müssen. Also auch in diesem Punkte besteht Anlaß zu der Frage, welche Garantien vorhanden sind, daß der Weg der Wirtschaftereinigung in Deutschland wirklich beschritten wird.

Wir hören auch — und wir hören es durchaus gern —, daß die durch die Hoover-Aktion ermöglichte

**finanzielle Erleichterung zum Abbau kurzfristiger Kredite bei Reich, Ländern und Gemeinden**

verwendet werden soll. Angesichts der Tatsache aber, daß für das laufende Wirtschaftsjahr trotz der Roterordnung bei den Gemeinden ein ungedecktes Defizit von mindestens 500 Millionen verbleiben wird, müssen wir uns fragen, wie dieser Abbau kurzfristiger Kredite ohne die Eröffnung neuer Einnahmen an die Gemeinden erfolgen soll.

Es muß merkwürdig berühren, daß man Reichsregierung und Reichsbank bemüht sieht, die Lächer in der Privatwirtschaft emsig zu flicken, ohne daß anscheinend für die erforderlichen Garantien schon vorgesorgt ist, während man in der öffentlichen Wirtschaft die Bereinigung befiehlt, ohne aber auch nur entfernt — wie für die Privatwirtschaft — an die Beschaffung der Gelder zu denken, die dazu erforderlich sind. In der Privatwirtschaft ist weitläufig in den meisten Fällen eigenes Verschulden die Ursache aller Schwierigkeiten. Die Kommunen sind ganz offenbar die Opfer der Wirtschaftskrise, denn die fehlenden 500 Millionen erklären sich ausschließlich aus den Lasten der Wohlfahrtsfürsorge.

Deffentliche Garantie, öffentliche Gelder, ausländische Anleihen werden der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt, die Gemeinden werden mit der Krute behandelt. Wir wissen nicht, ob es wahr ist, aber wir haben gehört, daß eine der entscheidenden zentralen Kreditstellen, bei der Dr. Schacht wieder ein oft gezeigter Besucher ist, eine große Anzahl von Städten und Gemeinden jegliche Hilfe versagt, wenn nicht die Bedingung erfüllt wird, daß der Aktienbesitz an einem Großkraftunternehmen verkauft wird, der für diese Städte zur Ermöglichung der erforderlichen Kontrolle schlechthin lebenswichtig ist.

Hier scheint eine Form der inneren Vereinigung vor sich gehen zu sollen, die die bei der Privatwirtschaft notwendige Härte zu Unrecht bei der öffentlichen Hand anwendet und damit volkswirtschaftliche Gefahren heraufbeschwört, deren Vermeidung die Aufgabe der Stunde wäre.

## Rentables Hefegeschäft.

### Höherer Reingewinn der Norddeutschen Hefeindustrie.

Die zum Schulteis-Ostwerke-Konzern gehörige Norddeutsche Hefeindustrie A.-G., Berlin, legt für das Krisenjahr 1930 einen überraschend günstigen Abschluß vor. Das Unternehmen produziert in zahlreichen Betrieben, die über ganz Norddeutschland verstreut sind, Hefe, Malz, Spiritus, Nährmittel und anderes mehr.

Der Umsatz ist zurückgegangen, da der Ausfall auf dem Inlandsmarkt durch den vermehrten Export nicht ausgeglichen werden konnte. Man klagt (!) auch über den Rückgang der Relassepreise, die Herabsetzung des Brennwertes (Spiritus) und die Herabsetzung der Spiritpreise. Der Bruttogewinn ist auch geringfügig, von 5,33 auf 5,28 Millionen Mark, zurückgegangen; aber nach etwas erhöhten Abschreibungen (1 Million Mark) verbleibt ein Reingewinn von, der sich von 1,36 Millionen Mark im Vorjahre auf 1,37 Millionen Mark im Berichtsjahre erhöhte. Die Bilanz zeigt eine starke Verbesserung: Die Forderungen und Bankguthaben erhöhten sich von 6,8 auf 9,2 Millionen Mark, während die Schulden nur von 10,6 auf 12,7 Millionen Mark stiegen. Welche Absichten man mit dieser „Verstärkung der finanziellen Position“ verfolgt, wird nicht verraten; offenbar hat man sich auf die Angliederung weiterer Werte eingerichtet.

Auf das Kapital von 16,6 Millionen Mark wird wieder eine Dividende von 6 Proz. verteilt. Zweifellos sind starke stille Reserven vorhanden, so daß man schon jetzt zurechtzulegen kann, daß die Gewinne des laufenden Jahres 1931 nicht geringer als im Berichtsjahr 1930 sein werden!

## Deffentlich-rechtliche Banken 1930.

### Ausdehnung des langfristigen Darlehensgeschäfts.

Der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten e. V. veröffentlicht den Jahresbericht für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 30. Juni 1931. In diesem Verbande sind alle Banken, die durch einen Gesellschafterverband öffentlich-rechtlicher Körperschaften gegründet wurden, vereinigt (Landesbanken, Provinzialbanken, Girozentralen, Landschaften und Stadtschaften, kommunale Kreditinstitute). Die Bedeutung des öffentlichen Bankwesens für das deutsche Bank- und Kreditgeschäft geht daraus hervor, daß nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Ende 1929 von dem Gesamtumfang des deutschen Bankgeschäfts in Höhe von etwa 54 Milliarden Mark fast die Hälfte, nämlich 25,5 Milliarden Mark auf das öffentliche Sparkassen- und Bankwesen entfiel. Während Ende April 1931 die Privatbanken einen Einlagenbestand von insgesamt 13,2 Milliarden Mark aufzuweisen hatten, betrug der Einlagenbestand der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten 5,4 Milliarden Mark.

Die gesamten Aktiven der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten erhöhten sich von 11,7 Milliarden Mark Ende April 1930 auf 12,1 Milliarden Mark Ende April 1931. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf das Konto der langfristigen Darlehensgewährung, das sich von 5,5 auf 6,3 Milliarden, also um 800 Millionen Mark erhöhte; bei den meisten anderen Aktiopoosten trat ein geringer Rückgang ein. In der Vermittlung langfristigen Kredits, besonders für den Klein- und Mittelbesitz, liegt die Hauptaufgabe der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Dabei ist ihnen (und den Hypothekenbanken!) zugute gekommen, daß das deutsche anlagejuchende Kapital im letzten Jahr von der Aktie fort zu den festverzinslichen Papieren wanderte. Der Gesamtumlauf an festverzinslichen Papieren in Deutschland erhöhte sich von Ende März bis Ende Dezember 1930 von 27 auf 29 Milliarden Mark. Soweit diese Erhöhung nicht vom Reich (Kreuzer-Anleihe!) beansprucht wurde, ist sie eine Folge der Neuausgabe von Papieren der Boden- und Kommunalkreditinstitute. Von dem Gesamtumlauf an Papieren dieser Art entfielen Ende Dezember 1930 auf die Hypothekenbanken 56 Prozent und auf die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute 44 Prozent.

Es hat in diesen Wochen in der deutschen Privatwirtschaft außerordentlich vernehmlich getrachtet. Die verantwortlichen Stellen in der Reichsführung und in der deutschen Kreditwirtschaft sind darüber ganz genau im Bilde. Der Reichsfinanzminister Brüning hat auf dem Kleinen Bankiertag nicht umsonst sehr deutlich gewarnt. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich nicht umsonst mit einer Rücksichtslosigkeit, die man bisher von der Reichsregierung noch nicht kennengelernt hat, auf die Eiterbeulen in der privaten Wirtschaftsführung hingewiesen. Es hat sich in diesen Wochen gezeigt, daß

**ein großer Teil der sogenannten Wirtschaftsführer in Deutschland wiederum restlos verjagt hat,**

und zwar in einem Umfang, der alle Erinnerungen aus dem Stinnesjahr 1925 übertrifft. Es muß aus diesen Erkenntnissen die Konsequenz gezogen werden. Wir fürchten, daß man nicht mit genügendem Ernst an diese Konsequenz in Deutschland herangeht. Die Befürchtung ist so gerechtfertigt, daß es, nachdem wir jetzt den ersten Schritt über den Berg gemacht haben, möglicherweise wieder bergab gehen könnte. Das kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Es wird kein neues Hoover-Wunder geben, und am Ende von ungenügender Selbstkontrolle und Selbstdisziplinierung können Dinge stehen, die niemandem in Deutschland gefallen und niemandem nützlich sein würden.

Wir haben schon gestern gesagt, als wir über den unerhörten Nordmolleffandal sprachen, der nur eine der letzten Eiterbeulen darstellt, daß in Deutschland durchgegriffen werden muß. Wir beneiden niemand, der dieses Durchgreifen unterläßt, um die Verantwortung. Dieses Durchgreifen muß auch in Fällen erfolgen, bei denen es sich um Beträge von 50 oder 100 Millionen aufwärts handelt. Das heißt, daß zu dem zweiten Schritt, der jetzt in Deutschland nötig ist, auch ein wirklicheres Funktionieren der Straßjustiz gehört, nachdem die Wirtschaftspolitik der Privatwirtschaft so offenkundig Pleite gemacht hat.

Der Gesamtbestand der von diesen ausgegebenen Hypotheken erhöhte sich von März 1930 bis März 1931 von 2,98 auf 3,25 Milliarden Mark, wobei wieder Klein- und Mittelbesitz bevorzugt wurde. Die Hypotheken auf landwirtschaftlichen Besitz (60 Prozent des Gesamtbestandes an Hypotheken) haben aber kaum eine Vermehrung erfahren, da ein Drittel der früher von der Golddiskontbank gewährten Kredite zurückgezahlt werden mußten; zumeist wurde allerdings eine Umschuldung vorgenommen. Dagegen hat sich der Bestand an städtischen Hypotheken ziemlich stark, von 1,0 auf 1,2 Milliarden Mark erhöht; 70 Prozent dieser Hypotheken entfällt auf Wohnungsneubauten.

Der Verband macht den beachtlichen Vorschlag, aus den Rückflüssen der Hauszinssteuern einen Bürgschaftsfonds zu bilden, der es gestatten würde, mit Hilfe zeitlich begrenzter staatlicher Zinszuschüsse städtische Neubau-Grundstücke hoch zu befehlen. Man glaubt, dadurch dem Bauparkt neue Mittel zuführen zu können, zum Ausgleich der Kürzung der Hauszinssteuermittel.

Die Summe der langfristigen Darlehen an Kommunen hat von Ende April 1930 bis Ende April 1931 eine Erhöhung von 2,0 auf 2,4 Milliarden Mark erfahren. Das Bestreben, die kurzfristige kommunale Verschuldung durch eine langfristige zu ersetzen (zu „konsolidieren“), wird nach Ansicht des Verbandes erst nach der Entlastung der Kommunen von den übermäßigen Wohlfahrtsausgaben zu verwirklichen sein.

## Tagung der Dewog-Brandenburg.

### Das neue Gemeinnützigkeitsgesetz. — Wanderungen der Mieter.

Der Revisionsverband gemeinnütziger Bau-Genossenschaften e. V. (DEWOG-Revisionsvereinigung) Bezirksverband Berlin hatte am 4. Juli seine diesjährige Bezirksversammlung. Der Verbandsgeschäftsführer Dr. Badien berichtete über den erfreulichen Aufstieg des Verbandes, dessen gesunde Entwicklung von der Wirtschaftskrise nicht aufgehalten werden konnte.

Seit der letzten Berichterstattung auf dem Rogdeburger Verbandstag 1930 hat der Verband 23 Genossenschaften neu aufgenommen. Da das neue Gemeinnützigkeitsgesetz die Genossenschaften zwingt einem staatlich anerkannten Revisionsverband anzugehören, ist auch für 1931 und 1932 mit einem starken Anschwellen des Verbandes zu rechnen. Sehr zu begrüßen ist die Vereinfachung des Gemeinnützigkeitsbegriffs, wodurch der früher völlig unterschiedlichen steuerlichen Belastung der Genossenschaften ein Ende bereitet wird. Künftig kann eine als gemeinnützig anerkannte Bau-Genossenschaft überhaupt nicht mehr zur Besteuerung herangezogen werden. Den pseudogemeinnützigen Bauvereinigungen ist durch das Gesetz ebenfalls ein Ende gemacht. Der Verbandsleitung ist es in ihrer neuerlichen Beratungspraxis gelungen, im Geschäftsjahr 1930 rund 100 000 Mark den Genossenschaften wieder zurückzuholen. Für die Verbreitung von Genossenschaft- und steuerrechtlichen Kenntnissen hat der Verband Lehrkurse eingerichtet.

Der Vorsitzende des Verbandes, Landtagsabgeordneter Drügemüller, ging auf die Sorgen der Genossenschaften ein, ob die Mieten von 20—40 Mark eingehalten werden können. Drügemüller warnt davor, die Qualität der Bauten herabzusetzen, um die gewünschten Mieten und die gezogenen Grenzen nicht zu überschreiten. Notwendig ist, immer und überall darauf hinzuweisen, daß mit jedem Prozent Zinsentzug sich die Mietbelastung wesentlich verringert. Es gilt durch Maßnahmen der Innenpolitik ins das Vertrauen des Auslandes zu sichern, um zu der notwendigen Zinsentzug zu kommen.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der eine Reihe schwebender Fragen geklärt wurden, nahm die Bezirksversammlung einstimmig eine Entschließung an, in der darauf hingewiesen wird, daß infolge der Wirtschaftslage die Mietrückstände 1931 von Monat zu Monat wachsen, trotz des vorbildlichen Opferwillens der Genossenschaftsmitglieder, daß ferner infolge des Sinkens der Bau-

# heilwirkend



# vorbeugend





# Tropen-Schicksale

## Deutsche in Südamerika / Der Reisende, der Buchhalter und der Plantagenbesitzer

In Venezuela erzählte ein junger Deutscher über eine Geschäftsreise nach Kolumbien durch das Hochgebirge Venezuelas. Alles klang wunderbar abenteuerlich. Es kamen Jaguare vor, die das Auto bedrohten, Indianer und Urwälder. Ich erkundigte mich dann auch bei dem jungen Mann nach dem Zweck seiner Reise. Nun, er war Geschäftsreisender und er enthielt mit einigem Stolz den Inhalt seines Kofferbogens. Es kamen Waren zum Vorschein, die das Herz eines Direktors des Gräuelmuseums in Stuttgart höher hätte schlagen lassen können. Vorkäse, Papierlampenschirme mit himmelstrebenden japanischen Landschaften, mit Berggipfeln verzierte Zahntoilettenbehälter, eine ganze reichhaltige Kollektion von Bunzlau, Gablonz und Umgegend.

„Das verkaufen Sie den Indianern? Deshalb die gefährliche Fahrt und Jaguare?“

„Gerade mit den Indianern kann man gute Geschäfte machen, die von der Welt ganz abgeschlossen sind. Das war in Deutschland auch so. In den Dörfern, wohin nicht mal eine Lokalbahn fährt, kann man am besten verkaufen. Solche Fahrten waren auch in Deutschland mühsam. Und biffige Räder, die es auf einen Motorradfahrer abgesehen haben, sind im Grunde nicht weniger unangenehm wie Jaguare, die Angst vor den Menschen haben. Ueberhaupt, abenteuerlich käme mir das Leben hier in den Tropen nur vor, wenn ich in Deutschland darüber lesen würde. Hier habe ich andere Sorgen. Ich muß daran denken, wie ich meine Aufträge hereinbekomme und eine billige Unterkunft finden kann, genau so als wäre ich in Deutschland.“

Holländisch-Guayana ist ein reiches, kaum bevölkertes Land, das einem unternehmungslustigen Geist anscheinend jede Entwicklungsmöglichkeit bietet. Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Es gibt hier verhältnismäßig viele Deutsche, aber kaum einen, der selbständig wäre.

Pioniere, Kerle, die den Urwald urbar machen, die eine neue Welt aufbauen in einer neuen Welt, das klingt alles sehr großartig, aber wenn man näher hinsieht, was stellt sich heraus? Auch am Rande des Urwaldes, auch im Urwald selbst bleibt dir nichts anderes übrig, als für einen Wochenlohn von soundso viel und bei einem Arbeitstag von 10 bis 12 Stunden dieselbe Arbeit zu verrichten wie drüben im alten Europa. Für wen? Für irgendeine Aktiengesellschaft mit unsichtbaren Hauptern, die in London, in Amsterdam, in Paris sitzen. Und nicht nur uns Deutschen ergeht es so. Betrachten Sie hier in unserer Hauptstadt die sogenannte bessere Gesellschaft. Alle die Konsulen, also die erfolgreichsten Geschäftsleute, auch sie sind nur Angestellte.

Unsere Kolonial- oder Kurzwarenläden, die manchmal so primitiv aussehen, sind trotzdem meist sehr rationell ausgebaut, mit einer Einkaufszentrale in London oder Amsterdam und mit Filialen auf den Inseln und in den Kolonialländern.“

Einen Berliner traf ich in einer neuentstandenen Stadt mitten im Urwald. Muß der da ein phantastisches Leben führen! Was macht er hier?

„Ich bin Buchhalter, Arbeitszeit von morgens sieben Uhr bis abends um sechs, eine Stunde Mittagspause, Gehalt 140 Dollar, aber die Lebenshaltungskosten sind hoch, ich verbrauche fast alles, was ich verdiene.“

Phantastisches Leben? Genau so phantastisch wie das eines Buchhalters in Berlin.

Ein Rheinländer in Maracaibo, der nur nach vielen Schwierigkeiten eine Stellung auf den Delfeldern fand, erklärt seinen Wirkungskreis.

„Ich kontrolliere die Arbeitskarten, wenn sie gestempelt werden.“

„Kontrollieren bei den Indianern? Hier, wo es vor kurzem nur Urwald gab?“

„Ja natürlich, wir haben genau denselben Großbetrieb wie in Deutschland. Und auch bei 40 Grad Hitze bleibt die Hauptlösung Arbeitsdisziplin.“

Ein Kaffee-Plantagenbesitzer aus Guatemala, der mit einer schweren Malaria nach Hamburg fuhr, gehörte zu den wenigen „selbständigen“ Deutschen, die ich unterwegs traf.

„Auf eigenen Füßen zu stehen, das hört sich schön an und das war auch immer mein Wunsch. Aber heute ist das, wenn man nicht zu den Großgrundbesitzern gehört, die auch die Macht haben, nichts weiter als eine Illusion. Es kommt nicht mehr darauf an, wieviel man produzieren, sondern wie man verkaufen kann. Die Ernte ist glänzend, aber die Kleinen gehen dabei zugrunde.“

Ein Buchdrucker, ein Leipziger, der schon seit Jahrzehnten in San Juan, auf der schönen Insel Porto Rico, lebt, seufzt melancholisch, als von der Schönheit der Insel die Rede ist.

„Ich merke nicht viel davon. Die Arbeitszeit ist zu lang und trotz all der Jahre kann ich mich an die Hitze nicht gewöhnen. Einer meiner Brüder arbeitet auf den Delfeldern in Venezuela, ein anderer in den Kaffeeplantagen auf Trinidad. Wir bekommen genug Briefe aus Deutschland, in denen man uns um unser „interessantes“ Leben beneidet. Worin besteht das Interessante? Ich bin überzeugt, man denkt dabei nicht gerade an die Arbeit. Was aber ist das Neuartige, das wir hier erleben? Die Hitze, Tropenkrankheiten? Wir sind es gar nicht so spannend, Chinin zu nehmen und von den Malariaquälern zu werden. Ja, wir verdienen mehr als drüben. Der Wochenlohn eines gelernten Arbeiters schwankt zwischen 25 und 60 Dollar, aber die untere Grenze ist die häufigere. Dagegen sind die Lebenshaltungskosten entsprechend höher als in Europa. Kampf ums Dasein ist auch hier der Wahspruch.“

María Leitner.

ein merles Brötchen zu kochen, griff er entschlossen zu. Der Studienrat war nicht zu bewegen, sich an Brötchen mit Sardelle und Ei zu versuchen. Während das Gespräch rings einzuschlafen drohte, ergriff er die Zügel der Konversation und lenkte sie auf Thematika wie „Indische Witwenverbrennung“, „Der Ehebruch bei den Griechen“ und „Die Reformbedürftigkeit unserer heutigen Ehegesetze“ . . .

Als sich die Gäste schließlich gegen ein Uhr verabschiedeten, fiel es der Frau Verlagsbuchhändler Vogel plötzlich ein: „Aber Sie haben ja Ihre Wette verloren, Herr Bachenheim!“

Der Schauspieler lächelte ehrlich bekümmert.

„Niederträchtiger Kerl!“ dachte der Studienrat. Ich möchte ihn nachhaken oder ein Stück aus der Illas dreimal abschreiben lassen!“

In der nächsten Zeit fiel es den Bekannten auf, daß man den Schauspieler nicht mehr bei Studienrats antraf.

„Er hat ihm jene Offenheit doch wohl übelgenommen!“ mutmaßte man.

Und Frau Vogel seufzte: „Ohne Kollagen, meine Lieben, kommt man eben nicht aus.“

## Gerechtigkeit für alle!

Die Chroniken bestätigen die Wahrheit dieser Geschichte. Am 26. Juli 1501 stand auf den amtlichen schwarzen Brettern des Fürstentums Capri zu lesen: Bertaufend Dukaten dem, der — lebendig oder tot — den Kalabreser Banditen Rocco del Pizzo den Händen der Behörden ausliefert. Dafür bürgt die Regentin Isabella von Aragon.

Drei Tage später erbittet ein Mann, der von weit her gekommen zu sein scheint, eine Audienz bei der Regentin. Argwöhnisch von den Höflingen befragt, weigert er sich, seinen Namen zu nennen. Schwört aber beim Haupte seiner Mutter, es aufrichtig zu meinen. Der Gerechtigkeit zu dienen, sagt er, sei ein edles Werk. Der Fremde wird vorgelassen.

„Reden Sie frei“, ermuntert ihn Isabella, „es soll Ihnen nicht geschehen. Was ist Ihr Anliegen?“

„Meine Geschichte“, erwiderte der Unbekannte, „greift etwas weit zurück, aber ich will mich kurz fassen. Vor Jahren wohnte ich mit meiner Familie in einem Hause bei Cofenza. Mit meinen betagten Eltern, meinen zwei jüngeren Brüdern und meiner einzigen Schwester Costanza. Rund um unser Haus lagen die Ländereien eines mächtigen Herrn, dessen Weibegene wir auch heute noch sind . . .“

Die Regentin unterbricht ihn: „Wie heißt dieser Herr?“

Der Fremde fährt fort: „Darf ich erst meine Geschichte zu Ende erzählen? Den Namen nenne ich später. Meine Schwester Costanza ist schön. Der vornehme junge Herr hatte sich hoffnungslos in sie verliebt. Mein Vater widerlegte sich. Um diese Zeit wurde die Leiche eines Mannes im Walde aufgefunden. Mein Vater geriet auf die fälschliche Anzeige des jungen Herrn in Verdacht. Er wurde verhaftet, obwohl er schuldlos war. Costanza flehte den Herrn, dessen Weibegene wir sind, um Gnade für den Vater an. Sie wurde gewährt. Aber . . . aber . . . man frage mich nicht, welchen Preis diese Gnade kostete . . . Mein Vater starb vor Kummer, als er nach seiner Freilassung davon erfuhr. Costanza liebte den Verführer wirklich. Sie liebte ihn heute noch, trotzdem er sie schmählich im Stiche gelassen hat . . .“

So erzählt der Unbekannte. Isabella verharrt in tiefem Nachdenken. Endlich sagt sie: „Das ist eine häßliche Geschichte, die Sie da erzählen. Aber: Gerechtigkeit für alle! Der Fall soll untersucht werden. Wie ist der Name des Herrn?“

Nun sagt es der Fremde heraus: „Graf Antonio Carracciolo, Herr von Cofenza . . .“

Isabella erbleicht: „Er . . .?“

Der Unbekannte: „Sowohl! Gerechtigkeit für alle! Wenn der Verführer meiner Schwester bestraft wird, verspreche ich, den Banditen Rocco del Pizzo der Justiz lebend überliefern . . .“

Isabella ruft den Offizier der Leibwache: „Nehmen Sie diesen Unbekannten als Bürgen fest! Und dann verhaften Sie den Grafen Antonio Carracciolo! Auf der Stelle . . .!“

Am 10. August 1501. Neapel ist in ungewohnter Erregung. Der Marktplatz ist schwarz von Menschen. Ein nie erlebtes Schauspiel steht bevor. Mitten auf dem Platz ein Gerüst. Ein Geistlicher steht darauf. Er soll eine Trauung vornehmen. Ein sonderbares Paar führt man herbei. Einen mit schweren Ketten gefesselten Mann: Graf Antonio Carracciolo. Und ein schönes Mädchen: Costanza. Die Regentin Isabella waltet als Trauzeugin. Der Staatsanwalt als zweiter Trauzeuge. Die Feierlichkeit beginnt. Alle Lippen verstummen. Ueber zehntausend Menschen hören deutlich die Worte.

Der Pfarrer fragt: „Graf Antonio Carracciolo, sind Sie ernstlich gewillt, die Ehe mit diesem Mädchen einzugehen, ihr die Treue zu bewahren und sie zu lieben, wie es sich für einen rechtschaffenen Gatten gebührt, immer und ewiglich?“

Schweigen. Die Menge lauscht atemlos. Die Ketten des Gefesselten klirren abwehrend. Isabella stampft mit dem Fuße auf und hebt warnend den Blick. Der Befangene zuckt zusammen. Dann hört man aus seinem Munde: „Ja!“

Wenige Sekunden später vernimmt man auch Costanzas bebendes Einverständnis. Die Ehe ist geschlossen. Die Menge bricht in Beifallsrufe aus. Aber ein Wink schafft Ruhe. Das Schauspiel ist noch nicht zu Ende.

Der Staatsanwalt reißt einem abschreckend häßlichen Mann ein Schriftstück. Der unterzeichnet stumm, legt die Hand auf die Schulter des Gefesselten und nimmt damit sinnbildlich von seiner Person Besitz. Die Regentin verläßt das Gerüst. Costanza, die weint, sich wehrt und sich an ihren Gatten festklammern will, wird mit Gewalt davongeführt.

Kurze Zeit darauf fällt unter dem Beile des Scharfrichters das Haupt Antonio Carracciolos. . . . So wollte es Isabella von Aragon. Gerechtigkeit für alle!

Am gleichen Abend. Der Unbekannte, der die Regentin aufgesucht hatte und als Bürge im Gefängnis verblieben ist, steht wieder vor Isabella.

„Die Tat ist gesühnt.“ sagt sie. „Antonio Carracciolo hat Ihre Schwester geheiratet. Dann hat er sein Vergeben unter dem Richtbeil gebüßt. Wir kommen zum anderen Teil. Sie versprochen, den gefuchten Banditen auszuliefern. Wo ist er?“

Der Mann tritt noch einen Schritt näher.

„Hier! Ich selbst bin Rocco del Pizzo . . .!“

Isabella ist nicht erstaunt.

„Ich dachte es mir. Bereuen Sie aufrichtig Ihre Taten?“

„Ja! Und auch ich bin bereit, sie mit dem Leben zu sühnen.“

„Das soll geschehen!“ Isabella ruft wieder den Offizier der Leibwache herbei. „Dieser Mann“, sagt sie, „ist — sofort zu entlassen! Er wird ein neues Leben beginnen und das frühere dadurch entfallen. Die Akten über den Fall Rocco del Pizzo sind geschlossen.“

Und sie steht auf, wendet sich nicht um und geht hinaus.

Rocco del Pizzo hat noch lange gelebt. In den Gerichtskroniken findet man seinen Namen nach seiner Begnadigung nicht wieder.

Bodo M. Vogel.

## Kurt Rudolf Neubert: Die Notlüge

„Ohne Notlügen kommt man eben nicht aus!“ seufzte die kleine, etwas rundliche Frau des bekannten Verlagsbuchhändlers der Stadt, nachdem sie von ihrem Erlebnis erzählt hatte.

Mit ihrem Ausspruch entfestelte sie einen lebhaften Meinungs- austausch in der kleinen Gesellschaft, die sich abends in der Wohnung des Studienrats Mandel eingefunden hatte.

„Zu Notlügen kann mitunter sogar eine moralische Verpflichtung vorliegen“, warf der Schauspieler Bachenheim, Mitglied des dortigen Stadttheaters, nachdenklich ein.

„Gewiß!“ sagte jemand, „einem Sterbenden kann man mit einer Notlüge die letzte Wohlthat erweisen, einem Kranken sein Los erleichtern, einem Abschiednehmenden die Illusion lassen.“

„Für mich gibt es keine Notlügen!“ sagte der Hausherr energisch.

„Nein!“ lachte seine Frau, „immer sagt er mir die Wahrheit. Frage ich ihn: wie gefällt dir mein neuer Hut, so bekommt er es fertig: Scheußlich! zu sagen.“ Der Studienrat gab dem Gespräch wieder einen Unterton von Ernsthaftigkeit: „Notlügen sind einfach eine Schwäche, behaupte ich. Man macht es sich bequem damit. Man geht damit den kleinen Entschuldigungen des Alltags aus dem Wege.“

„Wollen wir wetten, Herr Studienrat, daß Sie noch im Laufe des Abends eine Notlüge gebrauchen werden?“ fragte der Schauspieler.

Der Studienrat lächelte voll Nachsicht.

„Die kleine Gesellschaft hatte sich nach dem Abendessen in das Zimmer des Hausherrn begeben, wo es einen großen, zum Garten hinausführenden Balkon gab. Man sprach vom Stadttheater, vom Gymnasium und von der Frau Bürgermeister.“

„Ehe ich vergesse, Herr Studienrat“, fragte der Schauspieler ganz untermittelt, „können Sie mir wohl hundert Mark leihen?“

Diese Frage war so seltsam — in diesem Kreise, daß man zunächst wie erstarrt war. Auch der Hausherr schien einigermaßen betroffen zu sein, aber er gewann sein nachsichtiges Lächeln rasch wieder.

„Es tut mir leid, lieber Bachenheim. . .“

„Aber warum nicht, Herr Studienrat, bei unserer langen Bekanntschaft?“

„Ehen Sie, meine Herrschaften“, wandte sich nun der Studienrat an seine Gäste, „hier erleben Sie einen Fall, der nach Ihrer Meinung eine Notlüge erfordert. Ich könnte sagen: herzlich gern, aber im Augenblick selbst große Verpflichtungen. . . Wäre meine Antwort so ausgefallen, hätte unser Freund hier Ihnen bewiesen, daß ich die erste Notlüge dieses Abends gebraucht habe.“

Die Gäste lächelten.

„Selbstverständlich war Ihre Bitte nicht ernst gemeint, Herr Bachenheim, das weiß ich, aber Sie sollen trotzdem eine Antwort bekommen: ich würde Ihnen prinzipiell kein Geld borgen! Sie kennen meine Grundsätze!“

Der Studienrat hatte in einem versöhnlichen Ton gesprochen, der eine Verstimmung bei dem Künstler nicht aufkommen ließ. Das Ganze wurde von der Gesellschaft als Scherz betrachtet.

Man sah nach der langen im Dunkel auf dem Balkon, während im Herrenzimmer alle Flammen brannten. Die Standuhr schlug halb zwölf. Um diese Zeit begann manchmal im Garten eine Nachtigall zu singen, man wartete jetzt darauf und unterhielt sich nur im Flüsteren. Der Garten selbst lag wie erwartungsvoll im Dunkel der Nacht.

Aber die Nachtigall ließ heute auf sich warten. Die Damen hüllten sich fester in die Lächer, die sie über die Schultern gelegt hatten. Der Mond kam über den Garten herauf und zog sich hin und wieder eine Wolke vor das Gesicht.

Die Hausfrau war später in die Küche gegangen, um noch einige Brötchen mit kaltem Brot und Fischdelikatessen zuzubereiten, denn Frau Verlagsbuchhändler Vogel bekam noch zwölf Uhr gewöhnlich wieder Hunger. Das Hausmädchen war schon um zehn Uhr zur Nachtruhe entlassen worden.

Da begann plötzlich, als man es kaum mehr erwartete, die Nachtigall. Auf dem Balkon sah man ganz still, wie bei einer Wagnerouvertüre im Stadttheater. Man hatte gar nicht bemerkt, daß Herr Bachenheim seinen Platz verlassen hatte.

„Wunderbar!“ sagte Frau Vogel.

„Ein Genuß!“ meinte der Studienrat.

Die Nachtigall sang.

„Aber wo bleibt nur Ihre Frau?“ flüsterte jemand auf dem Balkon, „man sollte sie doch schnell herbeiholen. Wer weiß, wann die Nachtigall sich wieder hören läßt. . .“

Und wo bleiben die Brötchen?“ dachte auch Frau Verlagsbuchhändler Vogel und folgte dem Studienrat, der seine Frau endlich aus der Küche holen wollte. Es war eine instinktive Abwehrbewegung, die ihn die eben geöffnete Tür zur Küche wieder schließen ließ, eine Bewegung ähnlich jener, mit der man sich gegen einen Vogelhieb in die Magenregion zu schützen sucht. Der Studienrat mußte den Hieb aber schon empfangen haben, denn er wurde ganz blaß und schien für einen Moment die Sprache verloren zu haben. Indessen hielt er immer noch die Türklinte in der Hand, einerseits, um sich festzuhalten, denn er hatte soeben eine Entdeckung gemacht, die ihn in den Knien zittern ließ, andererseits, um Frau Verlagsbuchhändler Vogel den Eintritt in die Küche zu verwehren. . . .

„Nun?“ fragte Frau Vogel hinter ihm.

In diesem Augenblick hörte er seinen schlechtesten Tertianer Michael Bolle, den er vormittags beim Vortrag der Belfazballade angebonnert hatte: „Sehen! Mangelhaft!“, in diesem Augenblick hörte er ihn geisterhaft die Worte sprechen: „Mene, tekel upharsin!“

„Nun?“ flütelte Frau Verlagsbuchhändler Vogel.

„Bitte schön“, sagte er da in Gedanken zu ihr, die wie Sekundenblicke durch sein Hirn zuckten, „bitte schön, liebe Frau Vogel, treten Sie näher, Sie sehen meine Frau Eva, geborene Gallenstein, in den Armen unseres Freundes Bachenheim. Den Kuh werden Sie nicht mehr zu sehen bekommen, aber die Verwirrung meiner Frau Eva, geb. Gallenstein, ihr zerzaustes Haar und die verrückte Kravatte unseres lieben Freundes Bachenheim. Bitte, wollen Sie nicht näher-treten? Ich denke natürlich gar nicht daran, in diesem Falle eine Notlüge zu gebrauchen. . . .“

Aber als wäre sein studienrätlicher Geist wohl willig, doch sein Fleisch schwach, legte er jetzt seinen Arm in den der Frau Vogel und sagte, wie in der Klasse zu einem unbegabten, aber gefährlichen Schüler: „Kommen Sie, meine Liebe, meine Frau ist nicht zu sehen, suchen wir sie im Musikzimmer!“

In der Küche waren die zwei zusammengefahren. Frau Mandel suchte verlegen ihr Haar in Ordnung zu bringen. „Verzeihung!“ stammelte der Schauspieler, „ich habe mich hinreißen lassen!“

„Sie sahen alle wieder zwanglos auf dem Balkon, nur war die Nachtigall verstummt, als Frau Mandel zurückkehrte.“

Frau Vogel hatte sich bereits das dritte Brötchen — diesmal mit Kaviar — genommen, und der Schauspieler kämpfte gegen sein Verlangen, sich auch eins von den delikaten Brötchen anzueignen. Er hielt das zunächst für barbarisch, nach den vorausgegangenen seelischen Evolutionen, da Frau Vogel aber Miene machte, sich noch auf

# Ein Fälscherkunftsstück.

Die Sozialdemokratie abermals „endgültig entlarvt.“

In der jüngsten Nummer des „Freien Wort“, des sozialdemokratischen Diskussionsorgans, tadelt Genosse Felix Stössinger in einem Artikel unter der Überschrift „Aktiver Antibolschewismus“ gewisse Äußerungen in der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie, in denen er einen Mangel „an letzter Entschiedenheit dem Bolschewismus gegenüber“ erblickt. Unter den zahlreichen Beispielen und Zitaten, die er anführt und bemängelt, ist übrigens der „Vorwärts“ nicht ausgenommen. Man braucht der Intransigenz und Konsequenz, mit der Stössinger seinen bekannten antibolschewistischen Standpunkt in diesem Aufsatz abermals vertritt, keineswegs restlos beizupflichten, wird aber zugeben müssen, daß seine Ausführungen Beachtung verdienen. Bei den Kommunisten, denen frühere Veröffentlichungen Stössingers über das ungeheuerliche Kinderelend in Sowjetrußland schwer auf die Nerven gefallen sind, hat dieser neue Aufsatz bereits Beachtung gefunden, indem er nämlich die „Rote Fahne“ zu dreifachen Fälschungen verleitet hat. Nur nebenbei sei zunächst vermerkt, daß dem Satz Stössingers „Die Sozialdemokratie ist, um den Unterschied überzeugend auszudrücken, nicht so hundertprozentig antibolschewistisch, wie sie antisozialistisch und antimonarchisch ist“ ein weiterer Satz im „Freien Wort“ folgt, der in der „Roten Fahne“ durch drei Punkte ersetzt wird:

„Der Partei und der Macht gegenüber, die uns als eigentlichen Feind betrachtet, die ungezählte Gefinnungs-freunde getötet und gemartert hat, lassen wir es an eindeutiger Entschlossenheit und Ablehnung fehlen.“

Vor allem trumpsft das Kommunistenblatt mit einem in fettestem Druck wiedergegebenen Satz, der lautet:

„Überhaupt scheint es mir überflüssig, daß die Sozialdemokratie immer wieder versichert, daß sie keine Interventionen gegen Rußland mitmacht.“

Das hat Stössinger in der Tat geschrieben, indem er freilich etwas hinzufügte, was die „Rote Fahne“ glatt unterschlagen hat, nämlich:

„Es gibt gewisse Selbstverständlichkeiten, und dazu gehört diese, deren Aussprechen die Diskussion verschleibt. Sollmann hat die Furcht Rußlands vor einer Interventionenpolitik als hysterisch bezeichnet. Ich glaube nicht, daß diese Furcht hysterisch ist, sondern daß sie bewußt in den russischen Massen verbreitet wird, um sie zusammenzuhalten. Die Bolschewisten wissen ganz gut, daß kein Staat der Welt derzeit auch nur im Traume daran denkt, sie zu stürzen.“

Nach einer Begründung dieser Auffassung schreibt Stössinger:

„Dieses verlogene Agitationsgeschwätz sollten wir wirklich nicht durch unsere Versicherungen, daß wir keinen Interventionenkrieg mitmachen werden, unterstützen. Es wird uns außerdem gar nichts nützen. Die bolschewistische Agitation wird doch nicht darauf verzichten können, uns als Interventionenpartei zu denunzieren. Der Zirkusprozeß gegen die Industriepartei in Moskau beweist zur Genüge, daß alle gegenteiligen Versicherungen unserer Partei völlig nutzlos sind. Es scheint mir besser und wichtiger, statt diese Interventionenabsichten zu bestreiten, diese Vorwürfe als Mittel eines Systems zu brandmarken, das systematisch Kriegspolizisten züchtet, um damit seine eigene Stellung zu stärken.“

Die „Rote Fahne“ hat nun das Fälscherkunftsstück fertig gebracht, u. a. mittelbar anschließend an den oben erwähnten fettdruckten Satz („Überhaupt scheint es mir überflüssig, daß die Sozialdemokratie immer wieder versichert, daß sie keine Interventionen gegen Rußland mitmacht“) lediglich die Schlüsselsätze des soeben zitierten Absatzes abgedruckt („es scheint mir besser und wichtiger, statt diese Interventionenabsichten zu bestreiten“ u. a.).

Die Bolschewisten sind bekanntlich Meister auf allen Gebieten der Fälschung: sie fälschen Pässe, Banknoten, Zitate, kurz alles, was für die Politik der Sowjetunion und der kommunistischen Internationale nützlich erscheint. Diese wüßstisch und raffiniert herausgerissenen und zusammengeklüppelten Zitate aus dem Stössinger'schen Artikel werden jetzt in der kommunistischen Lügenpropaganda der nächsten Zeit zweifelloser Rolle spielen. Nur deshalb erschien es uns nötig, diese Fälschung hier festzunageln. Wenn nun die „Rote Fahne“ sich zum tausendsten Male an die „sozialdemokratischen Arbeiter“ wendet und sie beschwörend interpelliert: „Könnt ihr noch länger in einer Partei bleiben, deren offizielles Diskussionsorgan, herausgegeben vom Parteivorstand, eine solche unverfrorene Kriegshetze (!) gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt betreibt?“, so werden die sozialdemokratischen Arbeiter ihnen die Antwort zu geben wissen: „Eine Partei wie die KPD. und ein Blatt wie die „Rote Fahne“, die seit Jahr und Tag mit solchen schamlosen Fälschungen gegen uns arbeiten, mögen uns mit derartigen Fragen und Beschuldigungen verschonen: wir haben für sie nur Verachtung übrig.“

## Die verurteilte Raiffeisenbank.

Nicht mit angeklagt, aber schuldig gesprochen!

Ueber die im Dresdener Uralfjeff-Prozeß verhängten Strafen haben wir bereits berichtet. Mehr als sie erfordern einige Sätze aus der Urteilsbegründung Beachtung. Bei der Bemessung des Strafmaßes gegen den Hauptangeklagten Uralfjeff war nämlich, wie der Vorsitzende ausführte, für das Gericht folgendes von Bedeutung: Uralfjeff sei an sich ein hochintelligenter Kaufmann. Sein Verhängnis sei es gewesen, daß er in der Raiffeisenbank eine Geldgeberin gefunden habe, die ihm in der unverantwortlichsten und leichtfertigen Weise Kredite über Kredite einräumte. Es sei Uralfjeff zu glauben, daß ein Kaufmann, der dies nicht ausgenutzt hätte, kaum denkbar gewesen sei.

Damit hat bereits in diesem Prozeß, der den Raiffeisenfall nicht direkt betraf, das Gericht ein moralisches Bernichtungsurteil über die deutschnationalen Direktoren der Raiffeisenbank gefällt. Um so dringender wird es notwendig, daß der Raiffeisenfall nun endlich einmal als Hauptgegenstand vor Gericht kommt. Wieviel Jahre wird das nun noch dauern?

## Das Umzugsverbot in Braunschweig.

Auf das ganze Land ausgedehnt.

Braunschweig, 7. Juli.

Das vor einigen Tagen für die Stadt Braunschweig ausgesprochene Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel ist nunmehr auf das ganze Land Braunschweig ausgedehnt worden. Sämtliche Kreisdirektionen haben für ihren Bereich das gleiche Verbot erlassen. Damit sind Streikdemonstrationen bis auf weiteres im ganzen Lande untersagt.

Der Stahlhelm-Vollversammlung. Das preußische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, den Volksentscheid wegen Auflösung des Preussischen Landtags am 9. August vor sich gehen zu lassen.

# Wackere Helfer der Reaktion.

Die Annahme des kommunistischen Antrages bedeutet einen schweren Schlag gegen die Volkshöhne. „Deutsche Zeitung“.



„Bravo! Endlich einer, der energisch gegen die Rinnsteinkunst vorgeht!“

# Preußen siedelt.

Große Leistungen der Preußenregierung. — Siedlungsfragen im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag seine Arbeiten wieder auf.

Zu Beginn der Sitzung widmete Präsident Bartels dem verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Winterich einen Nachruf und gedachte anschließend des 100. Todestages des Freiherrn vom Stein. Außerhalb der Tagesordnung gab der Abg. Klein, bisher bei den Deutschnationalen, eine Erklärung über die Gründe ab, ihm zum Austritt aus der Deutschnationalen Fraktion veranlaßt haben. Er stellte fest, daß er nicht etwa ausgeschlossen, sondern selbst ausgetreten sei und bis jetzt sich auch keiner anderen Fraktion angeschlossen habe. Zum Austritt sei er veranlaßt worden durch die unsoziale Einstellung des Landesverbandes Potsdam II. Es folgt dann die Beratung der Verordnung über die

Beteiligung des preussischen Staates bei der Deutschen Siedlungsbank

mit den dazu gehörigen Vorlagen, u. a. der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der das Staatsministerium ersucht, den Kulturbehörden Anweisung zu geben, die Siedlungsgesellschaften bei der Vergebung der Bauaufträge für die ländliche Siedlung zur Beachtung der Tarifverträge im Bauwesen anzuhalten.

Abg. Dr. Bonick (Dt. Fraktion) erörtert als Berichterstatter die Veränderungen, die durch die neuen Befehlsentwürfe der bisherigen Praxis im Siedlungswesen entstehen und berichtet über die Arbeiten des Ausschusses.

## Abg. Jürgensen (Soz.):

Die Siedlungsfrage war längere Zeit ein Streitobjekt zwischen dem Reich und Preußen. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr auf einheitlicher Grundlage gearbeitet werden soll. Wenn wir einmal ein Jahrzehnt Siedlungsarbeit in Preußen betrachten, dann sehen wir, daß Großes geleistet worden ist.

So hat es sich seit 1919, also in 12 Jahren, ermöglichen lassen, 33 887 Stellen mit insgesamt 364 377 Hektar Fläche zu schaffen, wobei die Anliegersiedlung noch außer Betracht bleibt.

Von einer Leistung im Jahre 1926 mit 1628 Stellen auf 22 159 Hektar Fläche sind wir im Jahre 1930 auf 7477 Stellen mit 82 316 Hektar Fläche gekommen. Das ist eine beachtenswerte Leistung, besonders wenn man bedenkt, daß aus den Kreisen des Großgrundbesitzes immer wieder heftige Angriffe gegen die Siedlungstätigkeit kommen.

Die Herren vom Großgrundbesitz haben leicht spotten über die Tätigkeit der Bauern, denn für sie arbeiten andere. Sie treten die Interessen der Bauern mit Füßen, wie sie schon immer die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten haben. (Zurufe rechts.) Ich erinnere nur daran, wie durch Heranziehung ausländischer Wanderarbeiter die deutschen Arbeiter verdrängt worden sind, wie man veruchte, die Freizügigkeit zu unterbinden. In Wohnhöhlen kam die ganze Kulturwürdigkeit des Großgrundbesitzes zum Ausdruck. Dabei hat nur das unbegrenzte Entgegenkommen der Regierung dem Großgrundbesitz das Leben überhaupt noch ermöglicht. Wie zum Beispiel die Dsthilfe gewirkt hat, kommt in der Erhöhung der Bodenpreise für umgeschuldeten Besitz zum Ausdruck. Bei ganz gleichen Voraussetzungen wurden zum Beispiel für einen Besitz ohne Umschuldung 70—120 RM. pro Morgen gezahlt, nach der Umschuldung jedoch 150—220 RM. pro Morgen. (Hört, hört!) Im übrigen kommt eine Bestätigung der Tatsache, daß der Großgrundbesitz sich nur durch staatliche Hilfe halten können, durch die Ratweilung der preussischen Regierung über die Verwendung der Zwischenkredite zum sprechenden Ausdruck. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die jetzt vorliegenden neuen Befehle haben zum Ziel ein einheitliches Vorgehen bei allen Siedlungsbestrebungen.

Wenn wir auch gegen einzelne Bestimmungen, z. B. beim Landesrentenbankgesetz, Bedenken haben, so betrachten wir diese Befehle aber als einheitliches Ganzes, an dem grundsätzliche Änderungen nicht möglich sind. Aber wir fürchten zum Beispiel, daß durch die Möglichkeit der Beteiligung der Siedlungsbank an Siedlungsunternehmen leicht Schäden für die Siedler entstehen kann. Wir hätten lieber gesehen, wenn die Landesrentenbank auch in Zukunft nur Rentendriefe zur Finanzierung der Siedlung ausgeben würde, anstatt jetzt auch noch Hypotheken zu verwenden. Nun gibt das Gesetz aber die Möglichkeit, den Kreis der Siedlungstätigkeit zu erweitern, wobei man abschließend noch nicht sagen kann, ob die neuen Methoden die Zukunft für sich haben. Wir wollen aber, daß z. B. die Veruche mit der Oppenheim'schen Methode fortgesetzt werden, dagegen lohnen wir die sogenannte Primitivsiedlung entschieden ab. Die Anliegersiedlung ist bisher auf zu geringer Fläche durchgeführt worden. Hier müssen alle Wünsche restlos erfüllt werden. Wenn immer wieder behauptet wird, für Ostpreußen wird nichts getan, so sprechen die mir bekannten Zahlen eine andere Sprache.

Alein auf Ostpreußen fielen 1930 nicht weniger als 2100 Stellen mit 24 000 Hektar von insgesamt 82 000 Hektar, die auch in diesem Jahre überhaupt besiedelt sind.

Da kann man doch nicht sagen, für Ostpreußen sei nichts getan. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dabei ist bemerkenswert, daß hierbei private Siedlungen in fast gleicher Stärke beteiligt sind wie die offiziellen Stellen. Das geschieht allerdings nicht aus Liebe zur Siedlung, sondern um Befehle zu machen. Wenn jetzt die Siedlungsbank sich auch noch beteiligt, so können dadurch Gefahren für die Siedler entstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Boden muß so billig wie möglich in die Hand des Siedlers kommen, denn um so niedriger werden die für solche Zwecke aufzunehmenden Mittel sein. Eine scharfe Kontrolle auf diesem Gebiet ist dringend erforderlich und die Landeskulturbehörden werden mit der Verabschiedung dieses Gesetzes in ihrer Bedeutung stark gehoben.

Wir haben im Ausschuß unserer Forderung Ausdruck gegeben, Landarbeiter mehr noch als bisher anzufordern. Die Regierung hat zugesagt, diesen Wunsch zu erfüllen und wir wollen auch hier noch einmal auf reifliche Erfüllung dringen.

Dabei ist es notwendig, die Preise für Landarbeiter-siedlung den Grundpreisen häuerlicher Siedlung anzupassen. Es ist nicht einzusehen, warum Landarbeitern höhere Preise abgenommen werden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Nachdrücklich betonen wir, daß bei allen Bauausführungen im Siedlungswesen die Tarifverträge eingehalten sind. (Sehr gut!)

Der Beruf der Siedler ist ein schwerer, denn diese Tätigkeit stellt außerordentliche Ansprüche an den Menschen. Deshalb haben die Siedler auch Anspruch auf staatliche Hilfe. Andererseits sollen die Siedler auch bedenken, daß jede Stelle die Steuerzahler belastet. Wenn so gegenseitig Verständnis aufgebracht wird, dann werden die vorliegenden Befehle zum Nutzen des Siedlungsgedankens ausschlagen. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kaulhald (Dtn.) meint, daß die Sozialdemokraten nicht für sich allein die Fürsorge für die Landarbeiter in Anspruch nehmen dürften.

Abg. Schmelzer (Z.) lehnt sich für die Vorlage ein, die die Förderung der Siedlung dienen. Um den Siedlern die Arbeit zu erleichtern, müßten die ländlichen Transportwege verbessert werden.

Abg. Kerff (Komm.) wendet sich gegen die Vorlage, die zusammen mit der Agrarpolitik des Reiches faschistischen Charakter hätten.

Abg. Dr. Rose (D. Sp.) stimmt den Vorlagen, wenn auch mit vielen Vorbehalten, zu.

Abg. Dr. Bonick (Dt. Fraktion) erklärt, daß konfessionelle Fragen bei der Siedlung keine Rolle spielen dürfen. Den Umfang der Tarifverträge für das landwirtschaftliche Siedlungswesen lehnen seine Freunde ab.

Abg. Bachhorst de Wente (St. B.) stimmt den Vorlagen zu. Damit ist die Aussprache beendet. Nach der Einzelabstimmung wird die Schlussabstimmung auf Donnerstag vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. Tagesordnung: Stahlhelmsvolksbegehren, in Verbindung damit Verbot der Sportklubs und die deutschnationale Anfrage wegen des Verbots der Rundfunkübertragung des Breslauer Stahlhelmtages.

## Die Galgenfrist für Franzen.

Er ist an Gerichtsangst erkrankt.

Dem Braunschweiger Staatsminister Dr. Franzen ist das Herz endgültig in die Hose gefallen. Nachdem sein Anwalt sich von seiner Herzkrankheit erholt hat — er war vorgestern als Verteidiger vor-trefflich in Form — ist, wie wir bereits im „Abend“ berichtet haben, sein Mandant, der Angeklagte Dr. Franzen an einer ausgesprochenen Nooaliphobi (Gerichtsangst) erkrankt. Und was hatte er doch nicht alles für Vorbereitungen getroffen, wer sollte da nicht alles als Zeuge aufmarschieren, um den Hauptzeugen seiner strafbaren Begünstigung, den Polizeimojor Heinrich, unschädlich zu machen, ihn in seiner Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Nicht bloß die Angeklagten aus einem Beamtenbeleidigungsprozeß, in dem Major Heinrich neulich als Zeuge fungiert hat, sondern auch der Landgerichtsdirektor, der in jenem Prozeß den Vorsitz führte, sollten herhalten. Ja, auch Leumundzeugen, Landgerichtsdirektor Scheer und ein Landgerichtsrat aus Kiel, frühere Amtskollegen des Herrn Staatsministers, waren zu dem vertagten Termin zur Stelle. Trotz all dieser Zeugen hält aber Dr. Franzen seine Sache für verloren. Er weiß, daß der ganze Aufmarsch der Zeugen, insbesondere die Kampagne gegen Major Heinrich, bloß Theater ist und ihm nicht im geringsten nützen wird. So sucht er krampfhaft, sich eine Galgenfrist zu verschaffen.

# Das Parlament der Fabrikarbeiter

## Brandmarkung der Spalter.

München, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter nahm am Dienstag seinen Fortgang mit einer ungemein regen Aussprache, an der sich nicht weniger als 40 Delegierte beteiligten. Aus allen Reden klang das große Verantwortungsbewußtsein des Gewerkschaftsfunktionärs heraus, der trotz der zermürbenden Wirtschaftskrise und trotz zeitweiliger Rückschläge

### Das große Ziel der Gewerkschaften

nicht aus dem Auge verliert. Die überwiegende Mehrheit bekannte sich rückhaltlos zu der vom Bundesvorstand des ADGB. zusammen mit der Sozialversicherung verfolgten Politik und lehnte jedes Zusammengehen mit der gewerkschaftspaltenden RSD. ab. Ein Delegierter, der noch auf dem letzten Verbandstag vor drei Jahren zur kommunistischen Fahne geschworen hatte, warnte seine Kollegen mit aller Eindringlichkeit vor den kommunistischen Lockrufen. Wer heute, so erklärte er, für die Spaltung der Arbeiterklasse ist, der ist ein Verräter und Berräter. Selbstverständlich hielten die Redner auch mit ihrer Ablehnung der sozialreaktionären Notverordnung nicht hinterm Berge. Ueber die Bildungstätigkeit des Verbandes gab Karl Schmidt-Hamouer Aufschluß.

### Die Verbandschule in Wennigsen

hielt in den letzten fünf Jahren 73 Kurse mit 2576 Teilnehmern ab, darunter 174 weibliche. Im kommenden Winter sollen sechs Anstelltenkurse abgehalten werden.

In seinem Schlusswort riefte der Hauptkassierer Köster kommunistischen Presselügen energisch jubei. Die „Niederländische Arbeiterzeitung“ hatte in einem insamen Heftartikel die Angestelltengehälter des Fabrikarbeiterverbandes nicht weniger als achtmal so hoch angegeben als sie ausweislich des fehermann zugänglichen Jahresberichtes tatsächlich sind. Ebenso stupid ist die verlogene Behauptung der RSD., der Fabrikarbeiterverband sei

### „Hauptaktionär der IG.-Farben“.

Wie verrückt diese Behauptung ist, geht daraus hervor, daß der

Verband insgesamt nur ein Vermögen von 14 Millionen besitzt, während das Aktienkapital der IG.-Farben 1 1/2 Milliarden beträgt.

Der Verbandstag wies Brey in seinem Schlusswort noch einmal Stellung zur Politik und betonte ausdrücklich, daß die Sozialdemokratie die Notverordnung von Anfang an bekämpft habe. Er könne heute nur soviel sagen, daß die Ottobertagung des Reichstages wesentliche Verbesserungen der Notverordnung bringen werde. Nationalsozialistischen und stahlhelmrischen Betriebszellenorganisationen gegenüber müsse man ein wachsameres Auge haben. Die Arbeiterklasse lasse sich von abgetakelten Prinzen, arbeitslosen Offizieren, Geldaristokraten und Junkern nicht ins Verderben führen. Der deutsche Arbeiter, der als der intelligenteste der Welt bezeichnet werde, begnüge sich nicht mit einer Affenbrödelrolle in der Wirtschaft. Der moderne Arbeiter will in Staat, Politik und Wirtschaft mitbestimmen. Ebenso wie die Einflüsse von rechts lehnt die freigewerkschaftliche Arbeiterklasse auch jene von links ab. Sie läßt sich von Unorganisierten nicht in ihre Politik und Taktik hineinreden.

Der Verbandstag nahm mit allen gegen die einzige Stimme eines Kommunisten eine Entschlieung an, in der er

### Protest gegen die Notverordnung

erhebt und sich hinter die Beschlüsse des Bundesvorstandes des ADGB. stellt. Weiter wird in der gleichen Entschlieung zum Ausdruck gebracht, daß die Abwehr gegen den Lohnabbau viel wirksamer hätte sein können, wenn die Arbeiterklasse nicht gespalten wäre. **Alle blauen, gelben und roten Spalter sind als Feinde und Verräter der Arbeiterklasse zu brandmarken.** Ausdrücklich erklärt die Entschlieung, daß sich bisher nur die sozialdemokratischen Vertretungen in Reich, Ländern und Gemeinden zu den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen bekannt haben, während die kommunistische Fraktion diese Forderungen in der Regel niederstimmte. Schließlich fordert der Verbandstag in seiner Erklärung:

Schaffung eines sozialen einheitlichen Arbeitsrechtes, Besserstellung der Invalidenversicherung, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Sozialversicherung, verklärter strafrechtlicher Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft, weitere und sichere Erfassung der Berufsrankheiten als Unfallfolge und mickhamen Heimarbeiterschutzes.

## Vom freiwilligen Arbeitsdienst.

### Der Entwurf einer Verordnung.

Am Dienstag war bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die von uns angekündigte Besprechung mit den beteiligten Spitzenverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst. Präsident Dr. Syrup gab einleitend einen Überblick über die Grundgedanken des vorliegenden Entwurfes einer Verordnung. Die Verwirklichung hängt, wie sich aus der Besprechung ergab, in erster Linie ab von der Zusammenarbeit dreier Faktoren, nämlich der Träger des Dienstes (Jugend- und Wohlfahrtsverbände), der Träger der Arbeit (Gemeinden, Rekonstruktionsgenossenschaften und dergleichen) und der Dienststelle der Reichsanstalt.

Die fördernde Tätigkeit der Reichsanstalt, die sich nur auf ausführungsfähige Projekte erstrecken kann, besteht wesentlich in der Fortzahlung der Unterstützung für die Arbeitslosen während der Durchführung der Arbeiten. Voraussetzung dafür ist, daß die vorgeschlagenen Arbeiten als gemeinnützig und zufällig im Sinne des Gesetzgebers anerkannt werden. Daher müssen Arbeiten, die das bereits schwer daniederliegende Baugewerbe beeinträchtigen oder die von öffentlichen Körperschaften ohnehin planmäßig ausgeführt würden, ausscheiden. Als Teilnehmer sind in erster Linie unterstützbare Arbeitslose, vor allem Jugendliche, in Aussicht genommen, deren Unterstützung unter Umständen im Betrage bis zu 2 Mark täglich und im Zeitraum bis zu 20 Wochen pauschaliert werden kann. An dem Grundgedanken der Freiwilligkeit soll unter allen Umständen festgehalten werden.

Ueber diese „Freiwilligkeit“, die den Verzicht auf die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen, Tariflohn und tarifliche Arbeitszeit einschließt, wird noch ein Wort zu reden sein.

## Die Buchdrucker im Krisenjahr 1930.

### Durch Solidarität zu neuem Aufstieg.

Der Buchdrucker-Verband hat das Krisenjahr 1930 verhältnismäßig gut überstanden. Der vom Verbandsvorstand herausgegebene Jahresbericht zeigt die Ursachen der Wirtschaftskrise, ihre Entwicklung seit 1928 und die Wege, die zu ihrer Überwindung eingeschlagen werden müssen, auf. Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß seit der furchtbaren Inflationskatastrophe bisher kein Jahr unheilvoller auf der gesamten werktätigen Bevölkerung gelafet hat als das Jahr 1930. Auch das Buchdruckgewerbe wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Verminderung der Kaufkraft der Arbeiterklasse durch Lohnabbau trägt wesentlich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei.

Dem Buchdrucker-Verband war es trotz der ungeheuren Krise und der seit jeher ohnehin starken freigewerkschaftlichen Erfassung der Buchdrucker möglich, eine Mitgliederzunahme zu verbuchen. Die Organisation zählte am Ende des Berichtsjahres

90 389 Mitglieder.

In der Lehrlingsabteilung waren 15 633 Lehrlinge, etwa 85 Proz. aller Lehrlinge organisiert.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 17 687 im ersten Quartal auf 35 194 im vierten Quartal 1930. Hierzu kommen noch eine große Anzahl Kurzarbeiter. Diese bedrohliche Erscheinung hat den Buchdrucker-Verband veranlaßt, erneut die bereits bei allen Tarifverhandlungen der letzten Zeit erstrebte Verkürzung der Arbeitszeit unter möglichst weitgehender Erhaltung des Lohnniveaus mit allem Nachdruck zu fordern. Die Einführung der 40-Stunden-Woche, jedoch mit der gesetzlichen Verpflichtung der Unternehmer, Arbeitslose einzustellen, bleibt das Ziel der weiteren Bestrebungen der Gewerkschaften.

Durch die große, lang anhaltende Arbeitslosigkeit und die Zunahme des Invalidenstandes wurden naturgemäß auch an die Finanzen des Buchdrucker-Verbandes die größten Anforderungen gestellt, so daß der Verbandsvorstand zu Maßnahmen genötigt war, die im Einzelnen mit den einzelnen Gauen getroffen wurden. Die finanzielle Kraft des Verbandes ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Im Buchdruckgewerbe ist es

### durch solidarischen Zusammenhalt aller Beteiligten

immerhin möglich gewesen, den durch verbindlich erklärten Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers diffizierten sechszwanzigprozentigen Lohn-

abbau zum Teil unwirksam zu machen. In einigen Städten im Reich kam es aus Anlaß des Lohnabbaus zu offenen Konflikten mit den Unternehmern.

Der Jahresbericht wendet erfreulicherweise auch der verhängnisvollen politischen Entwicklung seit der Reichstagswahl vom September vergangenen Jahres seine Aufmerksamkeit zu. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß das Zurückdrängen der Sozialdemokratie und das Anwachsen der Nationalsozialisten das gegenwärtige außerordentliche Elend der Arbeiterklasse mitverschuldet haben.

Der „Korrespondent“ war auch im Krisenjahr 1930 bestrebt, geistiger Führer der Buchdrucker in allen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum zu sein. Aufklärend unter den Lehrlingen wirkte der „Jugendbruder“. Die umfangreiche Berufs- und Lohnstatistik erbrachte wiederum recht gute Resultate. Die Berichte aus den Gauen lassen erkennen, daß allenthalben durch die Geschlossenheit der Organisation

### die schwierigen Verhältnisse gemildert

werden konnten. Im Rahmen des Verbandes wirkte sich die Tätigkeit der Sparten nützlich aus. Trotz der überaus schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe wurden auch die Bildungsbestrebungen weiter gepflegt und gefördert.

Die Organisation hat dank der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder nicht nur die Angriffe der Unternehmer abwehren, sondern auch den arbeitslosen Berufsgenossen beachtliche Hilfe leisten können. Die Geschlossenheit und Solidarität der Buchdrucker wird den Verband über alle Notzeit hinweg zu neuem Aufstieg führen.

## Der verhinderte Retter.

### Eine Zwischenbemerkung.

Das Beiblatt Hugenberg berichtet, daß der große Mann am Montag im kleinen Kreise eine Rede hielt über den Hoover-Plan, was hier nichts weiter besagen will. Aber auch an den inneren Zuständen will der Herr nicht schweigend vorübergehen. Er sieht die Steuerquellen nicht mehr fließen und scheint sich mehr zu freuen als zu fürchten, in dem er behauptet: „Das Geld zur Bezahlung der immer stärker angeschwollenen Menge von Menschen, die vom Staate abhängig ist, ist nicht mehr vorhanden.“ Bis jetzt hat es wenigstens noch mit für die angeschwollene Menge derjenigen Staatspensionäre gereicht, die den Staat auf Schritt und Tritt bekämpfen. Die aber, die Leute in seinem und den ihm benachbarten Lager meint Hugenberg natürlich nicht. Er meint „die sozialistisch eingestellten Kreise“, denen gesagt werden müsse, daß man so nicht weiter wirtschaften kann. Aus den Gefahren einer neuen Inflation — sagte der amerikanische Briefschreiber — „kann uns nur entschlossenste Abkehr vom Marxismus sowie Rückkehr zur Ordnung und Sparsamkeit im Sinne preußisch-deutscher Tradition helfen.“

Wir wollen mit Hugenberg nicht darüber rechten, daß er aus dem Apparat dieser preußisch-deutschen Tradition in ein Gebiet flüchtet, das von der Sparsamkeit verschont blieb, just zu dessen Bedeuten die ganze „Sparsamkeit“ kultiviert wurde: die militärische Rüstungsindustrie. Wir möchten den Herrn nur ersuchen, seine Mahnung, zur Ordnung zurückzukehren, an die richtige Adresse und seine Aufforderung zur „Sparsamkeit“ nicht an die sozialistisch eingestellten Volksteile zu richten. Von der Not dieser Volksteile der Sozialrentner und Wohlfahrtsverbände, der Krisen- und Hauptunterstützungsempfänger, der Heimarbeiter und Kurzarbeiter, der unteren Angestellten und Beamten scheint Hugenberg immer noch nichts zu wissen. Er hat trotzdem kein Recht, das darbedende Volk zu verhöhnen, ihm Sparsamkeit zu predigen. Andem er es dennoch tut, trägt er höchst übersüßigerweise zur Charakteristik seiner Persönlichkeit und der des kleinen Kreises bei, in dem er eine Rolle spielen kann.

## Kampferprobi in der Krise.

### Der deutsche Landarbeiter-Verband im Jahre 1930.

Nicht nur der Industriearbeiter, auch der Landarbeiter stand im vergangenen Jahr im Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Defensive. Der Deutsche Landarbeiterverband hat im Vorjahre insgesamt 170 Bewegungen geführt, davon 153 Angriffs- und 17 Abwehrbewegungen. Die 153 Angriffsbewegungen erstreckten sich auf 217 000 Betriebe mit rund 1 1/2 Millionen

Beschäftigten. Von den 17 Abwehrbewegungen wurden 42 000 Betriebe mit insgesamt 0,3 Millionen Beschäftigten berührt. Demgemäß waren an dem vom Verband 1930 geführten Lohn- und Tarifbewegungen 2,09 Millionen Beschäftigte — darunter rund 906 000 weibliche — in 258 805 Betrieben der Land- und Forstwirtschaft sowie des Weinbaues beteiligt.

Auf dem Wege der Vereinbarung konnten von den 170 Streikfällen nur 74 beigelegt werden. Von den Schieds-sprächen wurden 41 für rund 506 000 Personen von den beiden Parteien angenommen, vier für 25 000 Personen von den Parteien abgelehnt und 35 für rund 600 000 Personen verbindlich erklärt. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung erfolgte in 22 Fällen für rund 68 000 Personen auf Antrag der Arbeitnehmer, in 12 Fällen für rund 618 000 Personen auf Antrag der Arbeitgeber und in zwei Fällen für 3700 Personen von Amts wegen.

Erzielt wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 2000 Arbeitsstunden pro Woche für 13 000 Personen und eine Lohnhöhung von 81 836 Mark pro Woche für rund 66 000 Personen sowie sonstige Verbesserungen für rund 518 000 Arbeitskräfte. Die Lohn-erhöhung ergibt pro Kopf der Beteiligten, bei den Landarbeitern 1,24 Mark pro Woche, bei den Forstarbeitern 1,07 Mark und bei den Weinbergarbeitern 2,04 Mark. Abgewehrt wurden Lohn-erhöhungen von 185 505 Mark pro Woche für rund 125 000 männliche und von 177 954 Mark pro Woche für rund 120 000 weibliche Arbeitskräfte. Für rund 50 000 Arbeiter trat eine Lohnkürzung von 35 000 Mark, für 4164 Arbeiterinnen eine solche von 3334 Mark pro Woche ein.

Die finanzielle Belastung des Verbandes durch die Lohn- und Tarifbewegung betrug 183 028,94 Mark. Eine ganz respektable Summe!

Angesichts solcher Zahlen wirkt die Behauptung der Kommunisten, der Deutsche Landarbeiterverband tue nichts für die Landarbeiter, geradezu lächerlich.

## Revolutionäre Erfolgsprahlerei.

### Auf Grund „reformistischer“ Tätigkeit.

In der „Roten Fahne“ konnte man kürzlich lesen, daß „unter der Führung des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ durch einen Streik der Bauarbeiter der Firma Sommerfeld, auf der Gaggah-Baustelle in Dnkels-Toms-Hütte, eine zehnprozentige Lohnhöhung erreicht worden sei. Mit diesem „Erfolg“ sieht es so aus, daß die Firma den Bauarbeitern die tariflich festgelegte Zulage für Kleiderverkleid, die sie ihren Bauarbeitern vorenthalten hatte, gewähren mußte, nachdem der „reformistische“ Betriebsrat schon einige Tage zuvor der Firmenleitung diese Forderungen schriftlich unterbreitet hatte.

Die Zurücknahme der Entlassung einer Zimmererkolonie, die wegen ihrer angeblich ungenügenden Arbeitsleistungen erfolgt war, wäre bestimmt auch ohne den Streik dieser Kolonne durch Verhandlungen des Betriebsrats möglich gewesen, wie ihre Wiedereinstellung und die Zahlung des Kleiderverkleidgeldes ja auch nur auf Grund der Verhandlungen der Baudelegierten und Betriebsräte erreicht wurde.

Die RSD. braucht eben wieder einmal einen Streik, wenn sein Ziel auch nur darin bestand, dem von den „reformistischen Gewerkschaftsbänden“ abgeschlossenen Tarifvertrag Geltung zu verschaffen. Wenn das jetzt die Ziele der RSD.-Streiks sind, muß man feststellen, daß die „Revolutionäre“ auf einmal sehr bescheiden geworden sind.

## Erntefreitheke.

### Kommunistische Quertreibereien auf dem Lande.

Seit langem bemühen sich die Kommunisten, dem Deutschen Landarbeiterverband das Wasser abzugrahen. Da sie bis jetzt keinen Erfolg hatten, versuchen sie es nunmehr mit einer Streikheke unter den Landarbeitern. Doch mit wilden Erntefreits nur den Agrariern ein Gefallen erwiesen wird, sehen die großen Strategen der RSD. nicht ein.

Erntefreits — das wäre das beste Mittel, um den freiwilligen Arbeitsdienst schleunigst auf Kosten der Arbeiter in Schwung zu bringen.

## Noch kein Ende des Textilkampfes in Frankreich

### Die Streikfront gespalten.

Paris, 7. Juli.

Im französischen Textilstreikgebiet erfolgt, wie Havas berichtet, die Rückkehr zur Arbeit sehr langsam. Dienstag früh waren in Roubaix 13 500 Arbeiter in den Fabriken erschienen, während 28 500 Arbeiter noch im Streik verharren.

191 149 unterkühlte Arbeitslose in Oesterreich wurden Ende Juni gezählt, 5400 weniger als bei der vorhergehenden Zählung.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 15 1/2 Uhr, waren die Gruppen: **Baumhüttenbau:** Jugendheim Schönholzener, Gröblichstraße 16, Abendkammerungs. — **Weißener Gruppenheim:** Weissenhof, Köpenicker Straße 36. Das wabre Gesicht des Nationalsozialismus. — **Bahnhof:** Jugendheim Braun, Ede-Vorsingstraße, Scharnhorststraße, Berufs- und Unfallkassen. — **Verding:** Schule Scharnhorststraße 23, Ernst- und Wilhelm. — **Kositz:** Jugendheim Engel, Scharnhorststraße 11 (Kohlschlagende), Beinhilfsverein, anstaltlich über Abend. — **Altehrer:** Gruppenheim Ringelstraße 68 (U-Bahnhof Hahnenstraße). Die RSD., die RSD. und die freien Gewerkschaften. — **Kositz:** Jugendheim Ringelstraße 23 (Hf.). — **Witte:** Gröblichstraße 15, am Ende der Straße. — **Spandau-Kositz:** Jugendheim Vindauerstraße 1, Sina und Ullrich der Rede. — **Scharnhorst:** Hauptstraße 15 (Gartenhaus). Was ist Sozialismus. — **Jugendberufshilfe:** Altonaer Straße 29, vom 1. Treppen links, 18 1/2 Uhr geöffnet. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Baden in der Volkshausstraße, Treffpunkt 18 Uhr vor der Bahnhofs.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute sind folgende Veranstaltungen: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönholzener, Gröblichstraße 1, Ausprobieren: Was wollen die Angestellten? — **Scharnhorst:** Jugendheim der Schule Scharnhorststraße 31, Vortrag: „Die Arbeiterschaft als Opfer der Notverordnung“, Ref.: Jul. Dieberich. — **Reich:** Jugendheim Danziger Straße 62, Ausprobieren: „Gewerkschaften und Krise“, Ref.: Heidecker. — **Jugendheim Vindauer Straße 2 (Vorstadt):** Ausprobieren: Tagespolitische Rundschau, Vortrag: Dr. Rich. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Scharnhorststraße 61, Vortrag: „Was nimmt aus die neue Notverordnung?“, Ref.: Hamm. — **Obersee:** Schule in Niederhohensownde, Berliner Straße 31, Evening Gesellschaft der Arbeiter, Vortrag: „Die neue Notverordnung“, Ref.: Dieberich. — **Kositz:** Jugendheim Köpenicker Straße 1-4, Ede-Rosenthaler, Scharnhorststraße, Vortrag: „Kositzliches Bauen und Wohnen“, Ref.: Dr. Berger. — **Scharnhorst:** Jugendheim Ringelstraße 13, Vortrag: „Sagen der Markt Brandenburg“, Ref.: Dr. Schütz. — **Scharnhorst:** Jugendheim Hauptstraße 15 (Hofgebäude, Gedenksimmer), Vortrag: „Unter Jugendsparten“, Ref.: Ludwig Dieberich. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spieshofstraße 4, Ausprobieren: Die Auswirkungen der Notverordnung auf die Sozialversicherung. — **Spandau:** Jugendheim Vindauerstraße 1, Vindauer. — **Witte-Rosowener:** Jugendberufshilfe in Rosowener, Vindauerstraße, Vindauer, Vindauer. — **Sportabteilung:** Verbandsabend 18 Uhr in der Scharnhorst-Turnhalle, Vindauer. — **Sportabteilung:** Spiele im Freien ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Rinnerhäger; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calster; Redaktion: Fr. John Schilowatz; Redaktionsrat: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glaser; Redaktion in Berlin: Verlags-Verordnungs-Berlag G. m. b. H., Berlin, Land: Verordnungs-Berlag und Verlagsanstalt Paul Sinart u. Co., Berlin SW. 68, Endenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.